

# Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter  
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 43.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 25. Oktober 1913.

Redakteur: A. Gutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Nieu, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Telegr.-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

15. Jahrg.

## Die neue Arbeitsgemeinschaft.

In der wirtschaftspolitischen Organisation der Landwirtschaft, des Mittelstandes und der Industrie hat sich in den letzten Monaten eine neue Gruppierung vollzogen, die für die Arbeiterschaft außerordentlich zu denken gibt. Es handelt sich um eine „Arbeitsgemeinschaft“ der bedeutendsten und einflussreichsten Interessenverbände der genannten Berufsgruppen mit einem ausgesprochen arbeitserfreundlichen Zweck. Der eigentliche Treiber und Träger der ganzen Sache ist der wegen seiner antisozialen Tendenz in Arbeiterkreisen recht anrüchliche Zentralverband deutscher Industrieller. Die „Arbeitsgemeinschaft“ wurde am 23. August 1913 auf der Leipziger Tagung des Reichsdeutschen Mittelstandsverbandes begründet. Sie ist nicht zufällig entstanden, sondern das Werk gründlicher Ueberlegung und eingehender Beratungen. Es handelt sich nicht, wie es in einem Teile der bürgerlichen Presse dargestellt wird, um ein gelegentliches Zusammengehen von Landwirtschaft, Industrie und Mittelstand, um eine Art „ideeller Arbeitsgemeinschaft“, sondern um eine wohlgegliederte Organisation mit ganz bestimmten Zielen. Es sollen Kartelle geschaffen werden, und zwar ein Reichsausschuss, den Vertreter der Zentralvorstände bilden, Provinzial- und Landeskartelle, in denen die Führer der provinziellen Organisationen vertreten sind, und drittens Ortskartelle, in die die örtlichen Organisationen der Berufsstände ihre Delegierten entsenden. Es handelt sich also nicht um eine vorübergehende Kundgebung, sondern um eine dauernde gemeinsame Arbeit.

Dem Kartell gehören an: der Zentralverband deutscher Industrieller, die bekannte wirtschaftspolitische Interessenvertretung der Schwer- und Halbzeugindustrie; der Reichsdeutsche Mittelstandsverband; der Bund der Landwirte, die radikalste und rückständigste Vertretung großbäuerlicher Interessen, und endlich noch mehrere christliche Bauernvereine, wie: der rheinische und der westfälische Bauernverein, der bayerische Bauernverein, der schlesische Bauernverein und, soweit uns bekannt, auch die Bauernvereine von Baden, Hessen und Trier.

„Kartell der schaffenden Arbeit“ nennt sich der neue Bund. Als ob dieser Bund allein Vertreter derjenigen Arbeit sei, die Werte schafft. Darin liegt eine sehr große Unmaßung, die allerdings bei diesen Kreisen nicht zu bekämpfen braucht. Sie bilden sich wirklich ein, die Bringer und Wahrer des Volkswohles zu sein. Namentlich am Bund der Landwirte und dem Zentralverband deutscher Industrieller ist man die Großmauligkeit wohl gewöhnt.

„Was heißt das, Kartell der schaffenden Arbeit? fragt die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ mit Recht. „Gibt es Arbeit, die nicht „schafft“? Und wenn nun die Kreise, die in Deutschland „Arbeit schaffen“, zu gemeinsamer Arbeit zusammengeführt werden sollten: „schaffen“ die Arbeiter denn nichts, und ist das, was sie schaffen, keine Arbeit? Und diejenigen Kreise des Mittelstandes — es sind das sehr große — und jene großen Kreise der Industrie, der weiterverarbeitenden Exportindustrie vor allem, die nicht dabei sind, an die man sicher auch gar nicht herangetreten ist, sie zur „Gemeinschaftsarbeit“ zu laden, leisten sie keine „nationale“ oder „schaffende“ Arbeit?“

Man kann an der Arbeitsfähigkeit dieses Kartells wegen seiner widernatürlichen Zusammensetzung zweifeln. Wohl passen Bund der Landwirte und Zentralverband deutscher Industrieller zusammen, aber daß sich die, in der Hauptsache aus Klein- und Mittelbauern bestehenden, christlichen Bauernvereine in dem Kartell jemals recht wohl fühlen werden, bezweifeln wir vorläufig noch. Sicherlich aber paßt die Mittelstandsvereinigung in die Gruppe schlecht hinein. Zentralverband deutscher Industrieller und Bund der Landwirte auf der einen

und der Reichsdeutsche Mittelstandsverband auf der anderen Seite — das ist wahrhaftig ein sehr unegales Bild. Die Gemeinsamkeit der Interessen beider ist doch sehr dürftig. Was haben denn Bund der Landwirte und Zentralverband zur Förderung des Handwerks getan? Die Mittelstandsleute haben doch wahrhaftig keinen Profit von den überspannten Forderungen des Zentralverbandes und des Bundes der Landwirte. Wie können sich die Mittelständler wohl fühlen in einem Kartell, dessen stärkste Gruppen bezgl. der Ausschaltung des Mittelstandes beim Warenvertrieb und der Warenherstellung stets rücksichtslos vorgegangen sind? Sollen wir erinnern an die zahlreichen Werkskonsumvereine, an die Produktiv- und Einkaufsgenossenschaften des Bundes der Landwirte? Untergraben diese die Existenz des Mittelstandes nicht viel mehr als die selbständigen Konsumvereine der Arbeiter, über die die Mittelstandskreise die größten Jammerlieder anstimmen. Man gehe doch in die Bezirke der Großindustrie, wo die Werkskonsumvereine dominieren und studiere dort die Widernatürlichkeit der neuen Arbeitsgemeinschaft an der kränklichen Existenz des gewerbetreibenden Mittelstandes.

Aber das Geschrei gegen die Sozialpolitik und die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung hat auch viele Kreise des Mittelstandes betört. Und gegen die Sozialpolitik und die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung ist das „Kartell der schaffenden Arbeit“ in der Hauptsache gerichtet.

Die sehr unklaren und dehnbaren Leitsätze, die auf der Leipziger Gründungsversammlung zur Annahme gelangten, besagen darüber:

1. Zusammengehen der drei Gruppen: gewerblicher Mittelstand, Industrie und Landwirtschaft zwecks gegenseitiger wirtschaftlicher Unterstützung und Bekämpfung im Organismus unseres Wirtschaftslebens.
2. Aufrechterhaltung der Autorität in allen wirtschaftlichen Betrieben.
3. Schutz der nationalen Arbeit, Sicherung angemessener Preise und Schutz der Arbeitswilligen.
4. Bekämpfung der Sozialdemokratie und sozialistischen Irrlehren.

Auf den ersten Blick sehen diese Leitsätze nicht nur harmlos, sondern sogar recht einnehmend aus. Aber man muß sich die Leute betrachten, die dahinter stecken. Dann gewinnen die „harmlosen“ Leitsätze doch einen ganz anderen Sinn. Bekämpfung der Sozialdemokratie und sozialistischen Irrlehren? Ein löbliches Beginnen. Jedoch wäre dafür ein neues Kartell gar nicht notwendig gewesen. Die Bekämpfung der Sozialdemokratie und der sozialistischen Irrlehren ist bisher von den oben genannten Gruppen recht oft in der verkehrtesten Form erfolgt. Die nachhaltigste und erfolgreichste Bekämpfung der Sozialdemokratie liegt in der Förderung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Man wird auch hier den Gedanken nicht los, daß sich hinter dieser Flagge der Bekämpfung der Sozialdemokratie andere Ziele verstecken. Man schlägt den Sack und meint den Esel. Sozialdemokratie und sozialistische Irrlehren sagt man und jede selbständige Arbeiterbewegung meint man. Dann der folgende Leitsatz: Schutz der nationalen Arbeit, Sicherung angemessener Preise! Ein sehr netter Programmsatz. Auch wir vertreten ihn, und selbst der Bund der Industriellen, der scharfe Widersacher des Zentralverbandes, hat sich bei seiner diesjährigen Generalversammlung dazu bekannt. Auch der Hansabund will laut seiner jüngsten Kundgebung den Schutz der nationalen Arbeit. Aber die Ziele, die man dabei verfolgt, können ganz verschieden sein. Welches sind diese Ziele, die dem vom Zentralverband und Bund der Landwirte geleiteten „Kartell“ vorstehen? Kann darüber eigentlich jemand im unklaren sein, der die Entwicklung der deutschen Zollkämpfe kennt? Wenn die Organe des neuen Kartells sie auch sorgfältig

verschleiern wollen, sie sind doch klar genug ersichtlich. In einer zweifellos von am „Kartell“ beteiligter Seite kommenden Erklärung, die durch die süddeutsche Presse ging (z. B. „Bayerischer Kurier“ 1913, Nr. 221), stand zu lesen:

„Der Ring wurde ins Leben gerufen, zu dem alleinigen Zweck der Wahrung der Interessen der Produzenten gegenüber der übertriebenen Vertretung des Konsumentenstandpunktes.“

Das klingt schon deutlicher. Daß man bei der heutigen Teuerung von einer übertriebenen Vertretung des Konsumentenstandpunktes zu reden mag, grenzt schon an Unverschämtheit. Wir werden auf diese Seite der Sache noch in einem besonderen Artikel zu sprechen kommen.

Der Pferdefuß scheint aber am deutlichsten durch bei dem Satz: Schutz der Arbeitswilligen. Die Arbeiterschaft weiß, was sie bei diesem angeblichen „Schutze“ zu erwarten hat und darum bekämpft sie ihn mit aller Hartnäckigkeit. Unter der „Aufrechterhaltung der Autorität in den wirtschaftlichen Betrieben“ versteht das Kartell wohl die Aufrechterhaltung des unbedingten Herrenstandpunktes des Unternehmers. Also: Ausschaltung der Arbeiter bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und infolgedessen Zertrümmerung der Tarifverträge. Es bedarf gar keiner weiteren Worte mehr, um den arbeitserfreundlichen Charakter des „Kartells der schaffenden Arbeit“ nachzuweisen. Das „Zentralblatt“ der christlichen Gewerkschaften bringt die Tendenz der Leipziger Gemeinschaftsarbeit auf folgende Formel.

1. Arbeitwilligenschutz, Zertimmerung der Gewerkschaften und der Tarifverträge, um die Arbeiter an der Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu hindern.
2. Erhaltung und Vermehrung der Lebensmittelzölle ohne Rücksicht auf die herrschende Teuerung und auf die Ernährungsmöglichkeiten des Volkes.
3. Zertimmerung der Genossenschaften zum Zwecke des gemeinschaftlichen Einkaufs von Lebensmitteln, um den Arbeiter zu hindern, für seinen sauer verdienten Lohn die Lebensmittel günstig einzukaufen.

Wir zweifeln nicht daran, daß man diese Auffassung als Schwarzjeherei und Entstellung ansehen wird. Man hat es ja vielfach getan. Aber ein wahrer Kern ist an der Sache. Jedenfalls ist es Pflicht der christlich-nationalen Arbeiter, sich bewusst zu werden, welche Gefahr in dieser Kartellierung der Industrie, des Mittelstandes und der Landwirtschaft für die Verfolgung ihrer Lebensinteressen, auskömmliche Löhne, Schutz der Gesundheit und Arbeitskraft, erschwingliche Lebensmittelpreise, liegt.

## Die Verzollung der textilen Rohstoffe und Garne.

(Zollpolitische Streitfragen in der Textilindustrie.)

Auf der Stufenleiter der textilen Warenproduktion ist jeder Fabrikant Produzent, aber auch immer der eine des anderen Konsument. Als Produzent hat jeder ein Interesse daran, durch einen Zoll vor der ausländischen Konkurrenz geschützt zu sein, als Konsument aber wünscht jeder so billig als möglich zu kaufen. Aus dieser Doppelstellung heraus erwachsen die vielen und zum Teil recht tiefgehenden zollpolitischen Gegensätze, die vielgestaltiger und schärfer werden, je mehr sich in dem Gewerbe mit der zunehmenden Arbeitsteilung selbständige Produktionsgruppen herausbilden. Einig sind sich wohl alle Zweige der Textilindustrie — von ganz geringen Ausnahmen vielleicht abgesehen — darin, daß an dem System unserer jetzigen Wirtschaftspolitik, also am Schutzzoll und an den Handelsverträgen, unbedingt festzuhalten ist. Es gibt wohl keine Branche in unserem vielgestaltigen Gewerbe, die nicht ein Interesse an Handelsverträgen hätte

oder die für vollständige Zollfreiheit zu haben wäre. Jedoch ist das direkte Interesse an den Handelsverträgen bei allen nicht gleich groß, und über die Art und Höhe der zollfreien Bollen gehen die Meinungen weit auseinander.

Die Rohstoffe.

Nicht einmal in bezug auf die zollpolitische Behandlung des Rohstoffes herrscht vollständige Einmütigkeit. Zwar wohl darin, daß alle natürlichen, noch nicht verarbeiteten Rohstoffe, wie Baumwolle, Wolle, Seide, Flachs, Jute usw., vollständige Zollfreiheit genießen. Hier sind alle Gruppen unseres Gewerbes Konsumenten. Unsere Zollgesetzgebung hat alle natürlichen, noch nicht verarbeiteten Rohstoffe zollfrei gelassen. Zwar wurden wiederholt und sogar in den letzten Wochen noch aus landwirtschaftlichen Kreisen Stimmen laut, die zur Wiederbelebung des deutschen Flachsbauens einen Flachs Zoll forderten. Solche Bestrebungen müssen ganz entschieden zurückgewiesen werden, da ein Flachs Zoll unsere deutsche Flachsverarbeitung und Leinenindustrie empfindlich schädigen würde. Ueber 90% des gesamten Flachsverbrauchs beziehen wir vom Ausland, hauptsächlich aus Rußland, und unsere deutsche Landwirtschaft würde selbst bei den höchsten Bollen gar nicht in die Lage kommen, auch nur einen nennenswerten Bruchteil des Bedarfes selbst zu produzieren. Dieser Rohstoff muß unbedingt zollfrei bleiben.

Aber die natürlichen Rohstoffe erfahren in wachsendem Maße Ersatz durch künstliche. Die Herstellung künstlicher Seide beispielsweise hat im Laufe der Zeit in Deutschland einen ziemlich Umfang angenommen. Es treten also Rohstoffproduzenten auf, die nicht bloß einen Zollschutz für ihre „Kunstfäden“ verlangen, sondern es auch gar nicht ungern sähen, wenn durch eine Zollverteuerung der natürlichen Rohstoffe ihre Produkte gefördert würden. Jedoch sind Bestrebungen in letzterem Sinne bislang kaum klarer zutage getreten. Dagegen bemühen sich die Kunstseidefabrikanten seit Jahren, eine gründliche Erhöhung des Zolles auf Kunstseide zu erreichen. Die Konkurrenz für die deutsche Kunstseidefabrikation kommt aus Belgien, Österreich-Ungarn, die Schweiz, aus Frankreich, Italien, England und in ganz geringem Maße aus Schweden. Im Jahre 1910 bezogen wir für mehr als 20 1/2 Mill. Mark Kunstseide aus diesen Ländern. Der Zoll ist im Tarif wie folgt festgelegt: ungefärbte und einmal gezwirnte Kunstseide 30 M., gefärbte 60 M.; zweimal gezwirnte, gefärbte oder ungefärbte 90 M. pro Doppelzentner. Die Kunstseidefabrikanten wollen den Zoll generell auf 300 M. haben. Die Kunstseide weiterverarbeitenden Webereien wehren sich natürlich mit aller Entschiedenheit dagegen.

Mit jeder Stufe der Verarbeitung des Rohstoffes werden die zollpolitischen Gegenstände verwickelter. Nehmen wir die Wolle. Die erste Verarbeitung erfährt sie durch Waschen und Kämmen. Dieser Arbeitsprozeß ist meistens den Kammgarnspinnereien angegliedert. Aber es gibt doch auch in Deutschland noch bedeutende selbständige Wollwäschereien und -Kämmereien. Die drei bekanntesten sind die Blumenhaller-, die Döhrener- und die Leipziger-Wollkämmereien. Sie haben sich bei der Beratung des jetzt geltenden Zolltarifs bemüht, eine Erhöhung des Zolles auf gekämmte Wolle, also eines natürlichen Rohstoffes, von 2 auf 8 M. für 100 kg zu erzielen. Sie klagten über die belgische, französische und englische Konkurrenz. Die Einfuhr gekämmter Wolle nach Deutschland nahm folgende Entwicklung:

Table with 2 columns: Year, Value in Millions of Marks. Rows for years 1898-1904.

Es ist nun interessant, daß ein großer Teil der aus Belgien eingeführten gekämmten Wolle aus der Kämmerei Hoboken bei Antwerpen stammt, einem Zweiggeschäft der um eine Zollerhöhung nachsuchenden Leipziger Wollkämmerei.

Gegen die Zollwünsche der Wollkämmereien haben sich die Wollspinnereien stets ganz entschieden gewehrt. Sie sagten damals, daß es sich bei den eingeführten Kammgängen vorwiegend um gröbere und minderwertige Wolle handele, bei der der Preis eine Rolle spiele. Der Spinner müßte hierbei mit größter Sorgfalt kalkulieren. Jede Erhöhung des Zolles würde eine, wenn auch absolut geringe, jedoch relativ recht empfindliche Erschwerung für den Spinner bedeuten. Die Kämmerereien sind mit ihren Forderungen nicht durchgedrungen. Heute ist Kammgang wie im alten Tarif mit 2 M. für den Doppelzentner verzollt.

Die Gespinste.

Behrt sich der Spinner gegen einen Zoll oder eine Zollerhöhung, die seine Produktion verteuern könnte, so tritt er andererseits mit aller Entschiedenheit dafür ein, daß ihm durch entsprechend hohe Bollen der Innenmarkt vor der ausländischen Konkurrenz geschützt werde. Tatsächlich ist der Umsatz fremder Garne auf dem deutschen Markte ziemlich groß. Die Einfuhr an Garnen betrug:

Table with 4 columns: Year, Value in Millions of Marks, and two sub-columns for Baumwollgarn and Wollengarn. Rows for years 1898-1904.

Es handelt sich hier vornehmlich um feine, aus England eingeführte Garne. Im letzten Jahre klagten die deutschen Baumwollspinnereien jedoch auch über das Eindringen österreichischer Grobgarne auf den deutschen Markt. In Österreich haben die Baumwollspinnereien ziemlich gut ausgebaute Preisstellen, die nicht unerhebliche Vergünstigungen für den Export gewähren. Als zur Zeit des Balkankrieges die österreichische Baumwollspinnerei sehr darniederlag, der Innenmarkt keine Garne abnehmen konnte und auch der Absatz nach alten Auslandsmärkten stockte, warf sie ihre Garne zu billigen Preisen auf den deutschen Markt. So werden heute aus deutschen Spinnereikreisen wieder Stimmen laut, die eine Erhöhung des Zolles für Grobgarne verlangen.

Ziel entschiedener aber verlangt ein Teil der deutschen Spinnereibesitzer einen Zoll für Feingarne. Der Streit um den Feingarnzoll zieht sich wie ein roter Faden durch die ganze Geschichte der deutschen Zollpolitik. Zwar ist die deutsche Feingarnspinnerei in den letzten Jahren etwas emporgekommen, aber sie wird der englischen wohl niemals ernsthaft Konkurrenz bieten können. Die deutsche Baumwollweberei ist auf die englischen Feingarne angewiesen.

Die Bestrebungen zur Erhöhung des Feingarnzolles sind namentlich von Süddeutschland, speziell vom Elsaß, ausgegangen. Die Feinspinnerei hat im Elsaß eine verhältnismäßig hohe Blüte gekannt zu der Zeit, als dieses Landgebiet noch zu Frankreich gehörte. Hinter den Zollmauern Frankreichs hatte sich die elsässische Feinspinnerei, die in Frankreich guten Absatz fand und nach Deutschland gar keine oder nur mäßig hohe Zollmauern zu überwinden hatte, entwickeln können. Als nun nach dem siegreichen Feldzuge Elsaß-Lothringen zu Deutschland kam, stand diese Feinspinnerei schutzlos der englischen, belgischen und schweizerischen gegenüber. Zwar wurden zum Schutze dieses Industriezweiges mit Frankreich Uebergangsbestimmungen getroffen, die aber nur zwei Jahre währten und den Verfall nicht verhindern konnten. Der reiche Garnabsatz nach Frankreich ging infolge der hohen Bollen und politischen Umstände verloren. Auf dem deutschen Markte herrschten die englischen Feingarne. Das war ein harter Schlag für die elsässische Feinspinnerei. Ihr blieb nichts anderes übrig, als unter großen Verlusten zum Verspinnen von Grobgarnen überzugehen. Aber von ihrer Forderung nach hohen Feingarnzöllen ist sie nicht abgeganzen. Sie hat im Laufe der Jahre aus dem übrigen Süddeutschland, ferner aus Sachsen und dem Münsterlande Unterstützung bekommen. Bei dem Zolltarif von 1902 ist sie mit ihren Forderungen nicht durchgedrungen. Der Tarif brachte keine Erhöhung der Feingarnzölle, wohl aber eine Ermäßigung der Bollen für Grobgarne.

Die Garnzölle im Tarif.

Die Bollen für Wollgespinste sind unter den Nummern 417 bis 426 des Zolltarifs angeführt und betragen jedesmal für einen Doppelzentner:

Table with 4 columns: Type of yarn (eindräftig, zwei- oder dreidräftig, vier- oder mehrdräftig), Bleached status (roh, gebleicht), and Value in Marks. Rows for different yarn types and bleaching states.

Garne aller Art aus Wolle und anderen Tierhaaren, auch mit pflanzlichen Spinnstoffen oder Gespinsten, ausschließlich Baumwolle, gemischt, hat in Aufmachungen für den Einzelverkauf einen Tarifzoll von 36 M. zu zahlen, der jedoch durch Vertrag mit der Schweiz auf 30 M. herabgesetzt worden ist. Das Grundprinzip dieser Tarifierung ist, daß der Zoll steigt mit der Feinheit und dem Werte des Garnes.

Dasselbe sehen wir bei dem Zoll auf Baumwollgarne. Er umfaßt die Tarifnummern 439 bis 444. Vorgeespinnste, ungebreht oder gedreht, roh, gebleicht, gefärbt, bedruckt, sind, wenn sie ein- oder zweifach, mit 5 M., wenn drei- oder mehrfach mit 10 M. pro Doppelzentner verzollt.

Bei den folgenden Garnzöllen führen wir die Sätze an, die auf Grund des Vertrages mit der Schweiz für alle meistbegünstigten Staaten gelten. Wir haben mit den meisten Staaten den sogenannten Meistbegünstigungsvertrag, d. h. wenn wir irgend einem Staate Zollermäßigungen gewähren, fallen sie ganz von selbst auch den übrigen Vertragsstaaten zu. Die Garnzölle stehen im Tarif für einzelne Nummern etwas höher. Sie wurden durch Vertrag mit der Schweiz ermäßigt. Diese ermäßigten Sätze führen wir an. Der Zoll für Baumwollgarne beträgt pro Doppelzentner:

Table with 3 columns: Yarn type (eindräftig, roh gebleicht, gefärbt, bedruckt), and Value in Marks. Rows for different yarn types and bleaching states.

Das rohe zwei- und mehrdräftig, einmal gezwirnte Garn hat den Zoll für eindräftiges rohes Garn mit einem Aufschlag von 3 M., ist es gebleicht, gefärbt oder bedruckt mit einem Aufschlag von 11 M. zu tragen. Zwei- oder mehrdräftig, wiederholt gezwirntes rohes Garn trägt einen Zoll von 40 M., ist es gebleicht, gefärbt oder bedruckt 48 M. Baumwollzwirn aller Art in Aufmachungen für den Einzelverkauf trägt einen Zoll von 70 M. In einem folgenden Artikel werden wir die Stellung der Weberei und der anderen Zweige der Textilindustrie zu den Bollen behandeln.

Keine Volksfrage, sondern eine Parteifrage.

Wir haben schon in der vorigen Nummer der „Textilarbeiter-Zeitung“ die geschichtliche Erinnerung aufgefrischt, daß die Sozialdemokratie zum Arbeitslosenproblem von allem Anfang an keine andere Stellung hat finden können als diejenige, die Arbeitslosenfrage mit den bekannten marxistischen Formeln abzutun. Die marxistische Auffassung geht dahin, daß die kapitalistische Produktionsweise ohne Arbeitslosenheer nun einmal nicht leben könne. Daß mit dieser fatalistischen Auffassung keine Begeisterung für eine durchgreifende Arbeitslosenfürsorge zu erzielen ist, dürfte selbstverständlich sein. Zum Schluß heißt dies aber nichts anderes, als daß auch die gewerkschaftliche Arbeitslosenfürsorge von der Sozialdemokratie niemals richtig gewürdigt werden kann, weil sie ja doch nur als Siphonarbeit erscheint, indem das auf der einen Seite Erreichte durch die der kapitalistischen Produktionsweise nun einmal naturnotwendig innewohnende Tendenz von selbst wieder beiseite geschoben wird.

Der diesjährige Parteitag der Sozialdemokratie in Jena hat nun aber erst recht die ganze Unzulänglichkeit der sozialdemokratischen Behandlung dieser Frage darzulegen. Der Redakteur des „Grundstein“ vom sozialistischen Bauarbeiterverband, Winnig, hat nämlich den Versuch gemacht, in der Diskussion über die Arbeitslosenfrage einen Standpunkt zu vertreten, der dem eigentlichen Bedürfnis der Gewerkschaften in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gerecht zu werden sucht. Winnig wolle die Behandlung der ganzen Angelegenheit aus dem rein agitatorischen, für die parteipolitischen Bedürfnisse der Sozialdemokratie zugeschnittenen Rahmen herausgehoben haben. Die Gewerkschaften müssen eben erfahren, daß diese Zustellung der Sache eher schadet als nützt — ein Standpunkt, den die christlichen Gewerkschaften von jeher betont haben. Man liefert auf diese Weise nur den Scharfmachern sehr erwünschtes Material in die Hände. Deshalb sagt auch Winnig:

„Wir müssen vor allen Dingen immer betonen, daß es sich gar nicht um eine Parteifrage handelt, daß die Binderung der Not eine Sache des ganzen Volkes ist, die hoch über allem Parteigetriebe steht. Wir appellieren nicht an die politische Ueberzeugung des Einzelnen, sondern an das Kulturwissen und das menschlich-stillliche Empfinden. Dort, wo überhaupt ein Funken von sozialem Verständnis ist, wo man sich durchgerungen hat zu der Erkenntnis, daß der Staat die Pflicht hat, für die Opfer der Wirtschaftsordnung aufzukommen, dort hoffen wir, daß wir Unterstützung finden werden. Wir allein können es ja nicht machen. Es kommt nicht darauf an, Agitationsstoff zu schaffen, sondern Brot für die vielen Tausenden von Arbeitslosen.“

So war der sozialdemokratischen Partei Gelegenheit geboten, den Beweis für die immer wieder aufgestellte Behauptung zu liefern, daß sich sozialdemokratische Auffassung und durchgreifende Sozialreform miteinander verbinden lassen. Die Bedeutung des Jenaer Parteitages liegt nun u. a. vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus darin, daß die Sozialdemokratie in diesem Punkt vollständig versagt hat.

Es sei hier auf die in der englischen Arbeiterpartei bestehende Krise hingewiesen, die durch nichts anderes entstanden ist als dadurch, daß diese Partei durchgreifende Sozialreform hat betreiben wollen. Zu diesem Zwecke mußte sie die Mithilfe der bürgerlichen Parteien in Anspruch nehmen. Die Regierungspartei bewies nun ein so starkes Maß sozialen Verständnisses, daß die Arbeiterpartei im wohlverstandenen Arbeiterinteresse nichts anderes zu tun wußte, als sie parlamentarisch zu stützen. Dadurch ist aber in ihren Wählern der Gedanke der Ueberflüssigkeit der Arbeiterpartei erwachsen, und es bleibt dieser eingestandenemmaßen nichts anderes übrig, als entweder sich als Flügel der Regierungspartei zu konstituieren, um auf diese Weise praktisch Sozialreform zu betreiben, oder aber zur Erhaltung ihrer Unabhängigkeit einen radikalen sozialistischen Charakter anzunehmen, damit zugleich jedoch die Fortsetzung einer durchgreifenden praktischen Sozialreform in Frage zu stellen.

In dieselbe Krise wird nun auch die deutsche Sozialdemokratie hineingetrieben, wenn sie die gewerkschaftspolitisch durchgreifend unterstützen will, weil die gewerkschaftspolitisch die Verständigung mit den breitesten Kreisen des Volkes, das heißt aber zugleich Ueberkehr von der sozialdemokratischen Intransigenz, erfordert. Und daher

kam, was kommen mußte: die Winnig'sche Auffassung wurde vom Parteivorstand niedergedrückt. In dessen Namen spielte Wolkenbuhr die Frage auf das Gebiet des marxistischen Formelwesens hinüber, um den Klassenkampfgedanken zu retten.

„Die Frage der Arbeitslosenversicherung,“ sagte er, „ist nicht, wie Genosse Winnig glaubte, lediglich eine Kulturfrage, sondern eine Frage, die einen Widerstreit der Klassen hervorruft, wie er schärfer nicht gedacht werden kann. Die Kapitalisten haben ein besonderes Interesse daran, daß die Arbeitslosenversicherung nicht eingeführt wird, denn eine große Arbeitslosenarmee ist für sie das eigentliche Werkzeug, die Arbeiter in ihrer Lebenshaltung herunterzudrücken. Umgekehrt hat die Arbeiterklasse das entgegengesetzte Interesse, all diejenigen Dinge zu beseitigen, die ein furchtbares Machtmittel in den Händen der Kapitalisten sind.“

So war denn der Gewerkschaftsgebanke gerettet, und Winnig bekam zum Schaden noch den Spott hinzu. Zunächst wurde in die angenommene Resolution der Gebanke von der Naturnotwendigkeit der Arbeitslosigkeit in der bestehenden Produktionsordnung und dem einzigen Heilmittel: die Einführung der sozialistisch organisierten Produktion, hineingenommen. Weiterhin muß sich Winnig in einem Teil der sozialistischen Presse als harmloser Illusionär behandeln lassen. So meint die „Leipziger Volkszeitung“, er habe sich in der Richtung verirrt, von einem Appell an das bürgerliche Mitleid sich großen Erfolg zu versprechen, dafür aber die „nützte Korrektur“ erfahren. „Nein, wir wissen, daß das Mitleid der bürgerlichen Kreise höchstens zu Almosen, zu ein paar Beihilfen und ein paar alten Hosen reicht.“ Mit diesem gequälten Witz wird der Winnig'sche „Seitenprung“ abgetan. Die „Gleichheit“ meint gar:

„Tatsachen über Tatsachen widerlegen die freundliche Illusion des Genossen Winnig, daß die Arbeitslosenfrage eine allgemein menschliche Kulturfrage sei.“

Kurz: von der Sozialdemokratie ist hinsichtlich der verständnisvollen Würdigung solcher für den Gewerkschaftler tief eingreifenden Fragen in Zukunft ebensowenig zu erwarten wie früher. Trotzdem wird man die Arbeitermassen nach wie vor auf die Sozialdemokratie als die einzige Retterin verweisen. Woran liegt das? An dem Mangel an kritischem Geist innerhalb der sozialdemokratischen Massen. Es trifft eben für solche Massen allgemein zu, was der „Courier“, das Organ des sozialistischen Transportarbeiterverbandes, bezüglich des Massenstreiks sagt: „... die Arbeiter, die jeden Gewerkschaftsführer, gleich von ihrem Fleische und Blut von ihrem Blut, mißtrauisch überwachen, die lassen sich von einem Doktor gerne überzeugen, daß sie „ganz verzweifelt“ sind. Was ein Arbeiter sich erst im jahrelangen Kampf erringt: das Vertrauen der Arbeiter, das steigt einem parteigenössigen Doktor augenblicklich zu — weil er Doktor ist.“ So ist es in der Tat. Nur nimmt man es den christlichen Arbeitern krumm, wenn sie auf diese Dinge hinweisen. Der „Grundstein“ selbst quittiert über die Angriffe gegen seinen Redakteur Winnig, indem er Winnig's Kritikern in der sozialdemokratischen Parteipresse „herausfordernde und überhebende Hofmeistererei“ vorhält.

Und was lehrt uns diese Behandlung der Arbeitslosenfrage auf dem sozialdemokratischen Parteitage? Sie hat mit einer für die Gewerkschaften beschämenden Offenheit die Unfähigkeit der Sozialdemokratie bewiesen, andere als agitatorische Momente hinreichend zu würdigen.

### Der Kampf um ein Wohnungsgesetz.

Der nächste christlich-nationale Arbeiterkongress wird sich auch mit der Wohnungsfrage befassen. Dabei wird der im Januar d. J. veröffentlichte Entwurf zu einem preussischen Wohnungsgesetz eine hervorragende Rolle spielen. Um unsere Leser in diese Materie einzuführen, bringen wir einige Artikel über die Geschichte, den Inhalt und die Mängel des Entwurfes.

Mit der Veröffentlichung dieses Entwurfes ist der Versuch, ein Reichswohnungsgesetz zu schaffen, als gescheitert zu betrachten. Bei der großen Verschiedenheit der Verhältnisse im deutschen Reich ist eine einheitliche Regelung des Wohnungswesens durch Reichsgesetz zweifellos mit großen Schwierigkeiten verbunden. Das ist auch innerhalb und außerhalb des Reichstages von Kennern des Wohnungswesens stets zugegeben worden. Eine schematische Regelung ist nicht zweckentsprechend und deshalb unerwünscht. Was verlangt werden kann, ist, daß durch die Reichsgesetzgebung die soziale Frage grundsätzlich geordnet und ein Rahmengesetz geschaffen werde, das die Einzelstaaten zwingt, entsprechende Maßnahmen zur Beseitigung unseres Wohnungswesens zu treffen. Die süddeutschen Staaten, speziell Bayern und Hessen, sind auf diesem Gebiete längst vorangegangen. In Preußen und anderen norddeutschen Staaten ist weniger oder überhaupt nichts geschehen, eine Folge der dort geltenden Verfassung und des mangelhaften Wahlrechts für Staat und Gemeinden. Durch Artikel 4 Ziffer 15 der Reichsverfassung, ist das Reich legitimiert, vorzugehen. Der Reichstag hat wiederholt dazu gedrängt und zuletzt im Mai 1912 einmütig die Vorlage von entsprechenden Gesetzentwürfen verlangt.

Unter dem Druck dieses Beschlusses, der Stimmung des Reichstages und der eigenen Einsicht gemäß, daß hier etwas geschehen muß, zeigte sich der Staatssekretär des Innern entgegenkommend. Er verwies nach wie vor allerdings darauf, daß der Erlaß eines Gesetzes über Wohnungsaufsicht und über die Ausgestaltung der Wohnungen in erster Linie Sache der Einzelstaaten sei. Als im Reichstag bezweifelt wurde, daß Preußen etwas tue, erklärte der Staatssekretär, daß die Regierung dieses Staates im Begriffe sei, einen entsprechenden Gesetz-

entwurf auszuarbeiten. Würde dieser bis im Herbst nicht vorgelegt, so werde er sich dafür einsetzen, daß im Reichstag bis zum Herbst 1913 ein Rahmengesetz in Vorlage gebracht wird. Diese Ankündigung wurde von preussischen Partikularisten sehr übel aufgenommen. Die „Kreuzzeitg.“ vom 22. Januar 1913 sprach von einer „sehr eigenartigen Drohung, speziell gegen Preußen“, und von einer Animosität insbesondere gegen den preussischen Minister des Innern, die ungemein sei. Von anderer Seite folgten noch stärkere Angriffe, die dann im Reichstag selbst bei den Beratungen am 6. und 7. Februar 1913 Wiederhall und Stütze fanden, aber auch Zurückweisungen durch den angegriffenen Staatssekretär. Von einer Bedrohung Preußens oder anderer Bundesstaaten könne keine Rede sein. Preußen sei auf dem Marsche, baupolizeiliche und sonstige Wohnungsvorschriften zu erlassen. Die Bundesstaaten würden, soweit dieses nicht schon geschehen sei, zweifellos auf diesem Gebiete folgen. Dem Reiche verblieben noch eine ganze Reihe von Fragen zu regeln und er halte dafür, daß dieses geschehen soll. Die Angreifer von Rechts verwies er darauf, daß sie selbst durch die Zustimmung zur Resolution im Mai 1912, vielmehr verlangt hätten, als er zu tun jemals zugesagt habe, und sagte dann wörtlich: „Diese Angelegenheit bildet ein neues, interessantes Kapitel in der Geschichte der einstimmig angenommenen Resolution.“ Das ist richtig. Diese Vorgänge eröffnen keine guten Perspektiven für eine gezielte Weiterführung der Sozialpolitik, speziell der Wohnungsreform.

Nun ist der preussische Gesetzentwurf wohl infolge der Aktion im Reichstage, unvermutet schnell am 25. Januar veröffentlicht worden. Der Entwurf enthält auch nicht entfernt das, was von einem wirklichen Wohnungsgesetz verlangt werden muß. Gegenüber dem preussischen Entwurf von 1904 bedeutet er einen Rückschritt. Es sind jene Bestimmungen, die der preussische Haus- und Grundbesitzer tag bei seiner Versammlung am 19. und 20. März 1906 beanstandet hat, nicht mehr aufgenommen worden. So z. B. die Vorschriften für die bauliche Einrichtung, bezügl. Wasserhahn, Ausguss, Kochherd und einen verschließbaren Abort. Auch von einer Begünstigung der Baugenossenschaften hinsichtlich der Gebühren für Wasserbezug, Kanalbenutzung, Steuererleichterung ist keine Rede mehr. Was der neue preussische Entwurf vorschlägt, reicht nicht an das heran, was durch Gesetze und Verordnungen die süddeutschen Staaten bereits durchgeführt haben. Der Entwurf enthält nur eine zwingende Vorschrift für die Großstädte. Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohner haben zur Durchführung der Wohnungsaufsicht ein Wohnungsamt einzurichten. Die übrigen Vorschriften sind Kannvorschriften und ihre Ausführung ist in das Belieben der Gemeinden oder Ortspolizeibehörden gelegt. Würde dieser Entwurf Gesetz, dann bleibt im Bereiche der preussischen Monarchie so ziemlich alles beim alten. Gegenüber den in Bayern und Hessen gegebenen Bestimmungen enthält der preussische Entwurf den einen Fortschritt, daß den Gemeinden das Enteignungsrecht an Baugrundstücken eingeräumt wird, sowie die Umlegung von Grundstücken. Das soll bei der sonst abfälligen Kritik ganz besonders hervorgehoben und anerkannt werden.

Im einzelnen betrifft der Entwurf Bestimmungen 1. über die Benutzung des Baugeländes, Umlegung von Grundstücken und Anlagen von Straßen; 2. baupolizeiliche Vorschriften; 3. Vorschriften über die Benutzung der Gebäude und 4. solche über die Wohnungsaufsicht. Auf diese Bestimmungen des Entwurfes werden wir in einem folgenden Artikel näher eingehen.

### Allgemeine Rundschau.

Kräpzig. Er ist unseren Lesern genügend bekannt. In No. 38 des „Textilarbeiters“ hatte er in versteckter Form dem Kollegen Schiffer vorgeworfen, er habe in Bocholt hinter dem Rücken der Arbeiter mit dem Fabrikanten-Verbande Vereinbarungen getroffen, die die Arbeiter an die Unternehmer auslieferten. Die Arbeiter seien hintergangen und verraten worden. Kräpzig hatte nicht den Mut, das Klipp und klar in ganz bestimmter Form zu behaupten. Er leidet seine Verleumdungen in allerlei gebogene und drehbare Redewendungen. Darauf haben wir in No. 39 unserer „Textilarbeiter-Zeitung“ an den Redakteur und Reichstagsabgeordneten Kräpzig folgende Anfragen gerichtet:

1. Will er behaupten, daß Kollege Schiffer oder irgend ein anderer Beamter unseres Verbandes hinter dem Rücken der Bocholter Arbeiter mit dem Fabrikanten-Verbande oder mit irgend einer anderen Korporation oder Person geheime Vereinbarungen eingegangen sei und die Bocholter Arbeiterschaft dadurch benachteiligt oder verraten habe?

Wir verlangen eine Klipp und klare Antwort, keine Redewendungen und Deutereien. Also, Kräpzig: Ja oder nein — und nicht feige Kneifen!

2. Wir fragen Kräpzig ferner, ob er bereit ist, im Falle einer gerichtlichen Klage unsererseits gegen ihn von einer Aussetzung der Klageverfolgung, die er als Reichstagsabgeordneter für die Dauer der Session leicht erwirken könnte, abzusehen und selbst im Reichstage zu beantragen, daß das Klageverfahren unverzüglich seinen Gang nehme.

Wir erwarten eine sofortige und unzweideutige Antwort und sind gespannt darauf, ob Kräpzig den Mut findet, seine Behauptungen am Gerichte zu beweisen oder ob er es nicht vorzieht, den Vorwurf der Verleumdung auf sich sitzen zu lassen.

Das war am 27. September. 14 Tage später, am 10. Oktober, gibt Kräpzig im „Textilarbeiter“ in einem unsagbar schmierigen Artikel folgende Antwort:

„Es ist überhaupt eine bodenlose Frechheit von dem schwarzen Blatt, uns durch derartige, an Erpressung grenzende Mittel an der gewissenhaften Erfüllung unserer publizistischen Pflicht hindern zu wollen. Das möchte der schwarze Gesellschaft so passen, wenn sie uns durch solche Erpressungsmittel einschüchtern und dazu bringen könnte, daß auch wir den Bocholter Textilarbeitern die Spalten der Zeitung verschließen. Wir werden das gewißlich niemals tun. Was können denn wir dafür, wenn gewisse Schafsköpfe im schwarzen Lager mit so wenig Gehirnschmalz ausgestopft sind, daß sie nicht herausfinden, wie das, was in unseren Spalten veröffentlicht wird, zu verkehren ist. Also wir lehnen es ab, und werden es der von Röhling gebrandmarkten Gesellschaft gegenüber immer ablehnen, irgendwelche Auskunft zu geben. Erst möge die schwarze Gesellschaft einmal klarlegen lassen, wer aus dem verschlossenen Geldschrank des „christlichen“ Hauptkassierers in den sechs Fällen, die Röhling anführt, das Geld gestohlen hat.“

Die Antwort ist ganz Krähig. Aber sie überrascht uns nicht. Wir haben von ihm nichts anderes erwartet. Wir kennen seine Eigenschaften. Bei aller Großmütigkeit ist die Antwort mennehaft feige. Klipp und klar für die ehrlose Verleumdung einzutreten, dazu fehlt die Courage. Feige vertritt sich Krähig hinter den ihm als Reichstagsabgeordneten zustehenden Schutz. Durch eine ekelhafte Schimpferei sucht er seine Feigheit vor den Augen der Leser zu verbergen. Wie erbärmlich ist das! Welch unsagbar traurige und Abscheu erweckende Rolle spielt Krähig.

Klischee Fragen richtet die in Barmen erscheinende „Westdeutsche Rundschau“ an die sozialdemokratische „Freie Presse“ in Elberfeld, ohne bisher eine Antwort erhalten zu haben. Da sich diese Fragen auf den sozialdemokratischen Textilarbeiterverband beziehen, wird vielleicht der „Textilarbeiter“ in der Lage und bereit sein, sie zu beantworten. Die „Westdeutsche Rundschau“ fragt in ihrer Nummer 288 vom 10. Oktober:

1. Weshalb mußte der Geschäftsführer des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes, D. K. in Ronsdorf, am 30. September d. J. entlassen werden?

2. Weshalb durfte der als Kandidat für die Stadtverordnetenwahl in Vorschlag gebrachte Geschäftsführer des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes, D. S. in Barmen, nicht aufgestellt werden?

3. Aus welchen Gründen ist die Verletzung des Geschäftsführers des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes, W. P. aus Barmen, notwendig geworden?

4. Ist es wahr, daß die sozialdemokratische Presse nichts schreibt über die Unterschlagungen ihrer Genossen Sch. und W. in Barmen bei den Textilarbeitern?

Das sind doch Fragen, die den Leserkreis der „Freien Presse“ jedenfalls ebenso sehr interessieren wie die Anschuldigungen in der Röhling'schen Verleumdungsschrift. Wo bleibt hier die volle Aufklärung und die befriedigende Antwort? Oder muß über diese Angelegenheiten in „höherem Interesse“ bis nach den Stadtverordnetenwahlen geschwiegen werden? Es scheint fast so.

Wie schon bemerkt, hat die Elberfelder „Freie Presse“ obige Fragen noch nicht beantwortet. Der „Textilarbeiter“ braucht bekanntlich auf Stadtratswahlen und dergleichen keine Rücksicht zu nehmen. Und da er immer im Namen der Textilarbeiter — wenn auch ohne jedes Mandat dazu zu haben — über die kleinsten und aller kleinsten Kleinigkeiten der Röhling'schen „Entsüllungen“ volle Aufklärung verlangt, wird er auch sicher die Wüßbegierde der „Westdeutschen Rundschau“ gerne befriedigen, besonders auch, weil er sicher viel besser dazu in der Lage ist, als jedes andere sozialdemokratische Blatt.

Wir möchten obigen vier Fragen aber gleich noch einige beifügen:

5. Ist es wahr, daß am 13. Oktober d. J. das bisherige Vorstandsmitglied Wilhelm Sch. von der Filiale Barmen des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes wegen Veruntreuung von Verbandsgeldern zu Gefängnisstrafe verurteilt wurde?

6. Ist es wahr, daß ein früherer Kassierer der Filiale Barmen des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes mit mehr als 6000 Mark durchbrannte und die Barmer „Genossen“ deshalb auch noch kein eigenes Gewerkschaftshaus haben?

7. Ist es wahr, daß der „Textilarbeiter“ in nächster Zeit mit dem Abdruck des Buches „Moderne Arbeiter“, geschrieben von dem früheren Schriftführer der Filiale Elberfeld des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes, Ernst Söhngen, beginnen wird?

Neue Aussichten. Dem Verband „deutscher“ Textilarbeiter wird es doch mit der Zeit wohl zum Bewußtsein kommen, daß er sich gelegentlich des Krefelder Färbereistreiks in der schlimmsten Weise an den Interessen der Arbeiter vergangen hat. Die unverantwortliche Haltung der „deutschen“ Verbandsleitung in Krefeld hat die Färbereiarbeiter außerordentlich geschwächt, dagegen das Unternehmertum gestärkt. Schuld der „deutschen“ Leitung ist es, wenn heute in den Krefelder Färbereien das Organisationsverhältnis nicht gut ist und die gelben Vereine ihr Unwesen treiben.

Dabei tragen sich die Krefelder Unternehmer mit dem Gedanken, wesentliche Verschlechterungen des Arbeitsverhältnisses durchzuführen und den Ring des organisierten Kapitals noch fester zu schließen. In einem Bericht der Tagespresse über eine Ausschussführung des Vereins der deutschen Textilveredelungsindustrie werden darüber folgende Ausführungen gemacht:

„Aus der reichhaltigen Tagesordnung ist hervorzuheben eine ausführliche Besprechung über die Entwicklung der letzten, insbesondere des Krefelder Färbereiausstandes, und die sich hieraus ergebenden Folgerungen für einen noch festeren

Zusammenfluß der Arbeitgeber, sei es für die Textilveredelungsindustrie, sei es für die gesamte Textilindustrie oder auf der breitesten Grundlage eines großen Kreises von Industrien. Auch handelt es sich darum, die erzielten Erfolge einer nachdenklichen Industriefreundlichkeit der Färbereiarbeiter zu befestigen und durch Einführung der Arbeiterschaft entgegen den Bestrebungen der sozialdemokratischen und christlichen Verbände noch zu erhöhen. Ferner wurde im Anschluß hieran die Entwicklung der gelben Gewerkschaften innerhalb der Textilveredelungsindustrie besprochen und festgestellt, daß sie besonders in Rheinland und Westfalen sehr erfreulich und gesund gewesen ist und bei vielen Betrieben die Absicht bei den wirtschaftsfreundlichen Arbeitern besteht, solche Werkvereine ebenfalls zu gründen. Es wurde beschlossen, in der bald abzuhaltenden außerordentlichen Hauptversammlung in einem größeren Vortrag die Frage der Organisation der Arbeitgeber grundsätzlich behandeln zu lassen.

Nun wissen die Färbereiarbeiter, was sie für die Zukunft zu erwarten haben.

Sätte der „deutsche“ Verband nicht durch das zwack- und sinnlose Einhalten des Streiks ganze 17 Wochen lang die Organisation der Färbereiarbeiter geradezu mutwillig zerrümmert, dann würde diesen gescheiterten Plänen der Arbeitgeber eine ganz andere Gegenwehr entgegenstellt werden können.

Wir haben zu unseren Färbereiarbeitern das Vertrauen, daß sie die Sünden der „deutschen“ Verbandsleitung dadurch soviel als möglich wieder gut zu machen versuchen, daß sie durch eine nachdrückliche Agitation unter den Färbereiarbeitern deren zerrüttetes Vertrauen zur gewerkschaftlichen Organisation wieder aufleben. Es muß gelingen, die Gelben aus den Färbereiarbeitern herauszulagern und die Pläne der Unternehmer abzuschlagen. Allerdings, so lange der „deutsche“ Verband seine Hauptaufgabe in der Bekämpfung unserer Organisation sieht, wird das sehr schwer halten.

**Amtlicher Stellennachweis für Angestellte in der Sozialversicherung.** Das preussische Ministerium für Handel und Gewerbe hat unter dem 8. September 1913 eine Verfügung erlassen, wonach das Kgl. Oberversicherungsamt Groß-Berlin beauftragt wird, einen Stellennachweis für Angestellte der Sozialversicherung zu entrichten.

Die bemerkenswerte ministerielle Verfügung hat folgenden Wortlaut:

Für den Bereich der Arbeiterversicherung fehlte es bisher an einer einheitlichen Regelung für die Vermittlung des Angebots und der Nachfrage hinsichtlich der Beschäftigung im Geschäftsbetriebe der Versicherungsträger. Nachdem durch die Errichtung von allgemeinen Ortskrankenkassen und von Landkrankenkassen die Nachfrage nach geeigneten Arbeitskräften für die Kassenverwaltung wesentlich gesteigert worden ist, ist das Bedürfnis nach einer Vermittlungsstelle stärker in den Vordergrund getreten. Ich habe infolgedessen das Kgl. Oberversicherungsamt Groß-Berlin in Charlottenburg, Berlinerstr. Nr. 11, beauftragt, einen Stellenanzeiger für die Arbeiterversicherung herauszugeben, der zunächst als Beilage des Ministerialblattes der Handels- und Gewerbeverwaltung

erscheinen wird. In dem Anzeiger sollen alle Stellengesuche und Stellenangebote veröffentlicht werden, die sich auf die Beschäftigung im Geschäftsbetriebe von Krankenkassen, Berufsgenossenschaften und von Versicherungsämtern beziehen, soweit es sich nicht um Stellen handelt, für deren Besetzung nur Beamte in Frage kommen.

Alle Gesuche um Aufnahme von Anzeigen sind ausschließlich an das genannte Oberversicherungsamt zu richten. Die Drucklegung ist der Firma Carl Heymanns Verlag, Berlin W 8, übertragen, an die alle Anfragen wegen Bezugs des Blattes zu richten sind.

Der Preis für die Veröffentlichung eines Stellenangebots beträgt für die 48 mm breite Zeile 25 Pfg., während der Preis für Stellengesuche nur 10 Pfg. beträgt. Die entstehenden Kosten werden von der Firma Carl Heymanns Verlag berechnet und eingezogen. Alle Selbstsendungen sind dorthin zu richten.

Gegen Einsendung von 10 Pfg. wird jede Nummer des Anzeigers den Beteiligten postfrei zugesandt.

Ich ersuche Sie, die Krankenkassen und die Versicherungsämter auf das Erscheinen des Stellenanzeigers aufmerksam zu machen.

Die Kollegen, welche die Fähigkeiten zur Bekleidung eines Amtes als Angehöriger der Krankenkassen, Berufsgenossenschaften oder der Versicherungsämter zu besitzen glauben, mögen sich rechtzeitig der bezeichneten amtlichen Stellenvermittlung bedienen.

**Die Vorstandsmitglieder in den Krankenkassen.** Bei den bis jetzt getätigten Wahlen zu den Ausschüssen der Krankenkassen haben die christlich-nationalen Arbeiter im allgemeinen gut abgeschnitten. Dort, wo die Wahlen noch nicht beendet sind, versprechen die Vorarbeiten einen Erfolg. Es ist Leben und Rührigkeit in unserer Bewegung. Nunmehr muß das Augenmerk auf die Vorstandswahlen zu den Krankenkassen gerichtet werden. Auch sie müssen der christlich-nationalen Arbeiterkraft einen befriedigenden Erfolg bringen. Sie müssen auf Grund von einzureichenden Vorschlagslisten nach dem System der Verhältniswahl von den Ausschussmitgliedern getätigt werden. Welche Vorarbeiten sind nun zu leisten?

1. Reiche man rechtzeitig nach der Bekanntmachung der Behörde oder des Kassenvorstandes die Vorschlagsliste der Vorstandsandidaten, mit genügenden Unterschriften versehen, ein.

Bei den Landkrankenkassen werden bekanntlich die Ausschuss- und Vorstandsmitglieder von der Vertretung des Gemeindeverbandes gewählt. In Preußen z. B. werden die Landräte beim Zustandekommen der Ausschuss- und Vorstandslisten hervorragend mitwirken. Es empfiehlt sich daher, diesen Stellen rechtzeitig eine Vorschlagsliste christlich-nationaler Versicherter einzureichen.

2. Hole man die auf Grund der christlich-nationalen Liste gewählten Ausschussmitglieder vorher zusammen und suche sie unter allen Umständen zur einmütigen Stimmgabefür unsere Vorstandsandidaten zu gewinnen.

3. In den Krankenkassen, in denen unsere Leute die Mehrheit im Ausschuss und Vorstand bilden, schlage man später einen intelligenten christlichen Gewerkschaftler zum Vorsitzenden vor.

Gut wird es allerdings sein, wenn man sich mit den Arbeitgebervertretern im Vorhinein, die in ihrer Mehrheit damit einverstanden sein müssen, wenn der Vorgesetzte als gewählt gelten soll, vorher verständigt. Gegen den Willen der Arbeitgebervertreter kann allerdings ein Arbeitgeber auch nicht Kassenvorsitzender werden. Es folgt eine Einigung nicht, so bestellt das Versicherungsamt vorläufig einen Vorsitzenden.

4. Die später gewählten christlich-nationalen Vorstandsmitglieder der Krankenkassen sind mit Vor- und Zunamen sowie genauer Adresse sowohl dem Wahlleiter des Oberversicherungsamtsbezirks wie auch dem Generalsekretariat in Köln unbedingt mitzuteilen. Die Kollegen tun gut, wenn sie die Namen und Adressen aller christlich-nationalen Vorstandsmitglieder der Krankenkassen sowie überhaupt alle in sozialen Institutionen (Versicherungs-, Oberversicherungsämtern, Gewerbegerichten usw.) tätigen Arbeitervertreter ihres Bezirks in Listen eintragen. Solche vorgebrachten Listen werden unentgeltlich vom Generalsekretariat geliefert.

5. Sorge man für die nötige Aufklärung. Das gilt namentlich für den Wahlkampf an den Orten, wo die Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen ihren Ausschuss noch zu wählen haben. Material und Anregungen gibt das Generalsekretariat. Hingewiesen sei bei dieser Gelegenheit nochmals auf die beiden Schriftchen „Wegweiser für die Arbeiterversicherungswahlen“ (10 Pfg. pro Stück) und „Die Aufgaben der Arbeitervertreter in der reichsgesetzlichen Arbeiterversicherung“ (35 Pfg. pro Stück). Erhältlich in der Gesamtverbands-Buchhandlung Köln, Benloerwall 9.

Und nun vorwärts zu weiteren Erfolgen! Vorwärts zu weiteren Siegen!

**Stimmungsmache.** Unter diesem Stichwort bringt das Organ des christlichen Holzarbeiterverbandes einen Artikel, der sich mit der Tatsache beschäftigt, daß in den letzten Jahren die Abneigung in anderen Ständen gegen jede gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter ganz bedeutend im Wachsen begriffen ist. Der Artikel führt das in der Hauptsache auf eine ganz raffinierte, mit eiserner Zähigkeit betriebene Stimmungsmache gewisser Kreise zurück.

Seit Jahren sei mit ziemlicher Geschicklichkeit gegen die Gewerkschaften flau gemacht worden. Die Konjunktur sei als schlecht hingestellt worden; die Unternehmergewinne seien geringe, das Geld so ungeheuer teuer. Der Arbeiter müsse nur recht brav sein, wenn nicht die Industrie und er selbst Schaden leiden sollten. Man habe auch den Nachweis zu führen versucht, daß die Arbeitslöhne mehr gestiegen seien als die Geschäftsgewinne. Dem Arbeiter ginge es immer besser, dem Unternehmer schlechter. Mit der Erstarkung der Gewerkschaften seien die Leistungen der Arbeiter gesunken. Mit diesen Argumenten sei seit langem die öffentliche Meinung gegen die Gewerkschaften einzunehmen versucht worden.

„Zur Bekämpfung der gewerkschaftlichen und sozialen Arbeit“, so heißt es dann in dem Artikel weiter, „wirken Scharfmacher und eine gewisse Wissenschaft einträchtig zusammen. Die Herren Professoren wissen, warum das so ist. Selbstverständlich nur, weil die Arbeitgeber zumeist

### Im Abtal.

Da ich doch mal im Süden zu tun hatte, folgte ich gern dem Ruf, einige Versammlungen im Abtal zu übernehmen; nicht nur des schönen Fleckchens Erde wegen, nein, auch seine Bewohner zogen mich an. Es ist mir immer ein Vergnügen, unter dem dortigen, trotz der Fabrikarbeit immer noch selbstbewußten und energiegelanten, ja kraftfrohen Völkchen zu weilen. Welch gewaltiger Kontrast gegenüber dem vielfach geistig und körperlich degenerierten Textilproletariat anderer Textilzentre! Die Textilbetriebe des Abtals sind zwar auch kein Eldorado, auch sie lassen noch manches zu wünschen übrig; aber die gesunde Luft der dortigen Gebirgswelt und die, wenn auch einfache, so doch kräftige und unverfälschte Lebensweise der Arbeiterschaft hat diese offenbar vor dem Niedergang bewahrt.

Die Betriebe des Abtals sind auch kein Eldorado, sagte ich eben. Das hat auch die Arbeiterschaft empfunden, die wiederholten Organisationsversuche in den früheren Jahren beweisen das. Vor Jahresfrist faßte der Organisationsgedanke erneut und diesmal feste Wurzel. Ein energischer Wille, das jetzt Geschaffene auch zu erhalten, befeelt vor allem die führenden Kolleginnen und Kollegen der einzelnen Ortsgruppen. Paart sich dieser entschiedene Wille noch mit einer zähen Ausdauer, woran ich nicht zweifle, so bildet das die beste Gewähr für den Fortbestand und die gesunde Weiterentwicklung der Organisation. Energie und Ausdauer vermögen aller Schwierigkeiten Herr zu werden, das sollen die Abtalter Kolleginnen und Kollegen nie vergessen.

Und an Schwierigkeiten mangelt es auch dort nicht; es sei nur an die verfloßene Lohnbewegung erinnert. Diese brachte wohl einen beachtenswerten Teilerfolg, alle die gehegten Erwartungen vermochte sie indes nicht zu erfüllen. Diese Erwartungen waren begründeterweise bei manchen Kolleginnen und Kollegen sehr hoch gespannt. Der Organisationsgedanke ist ja im Abtale noch jung, er kam ganz impulsiv zum Ausbruch. In kurzer Zeit schlossen sich Hunderte und Aberhunderte zusammen. Eine lobende Begeisterung und ein stolzes Kraftgefühl erfüllte die Herzen. Was aber noch fehlte, das war ein tieferes gewerkschaftliches Verständnis, der praktische, nüchtern abwägende Blick für das Mögliche und Erreichbare. Manche Kolleginnen und Kollegen glaubten jetzt, im Vollgefühl der durch den Zusammenschluß ermöglichten Kraft, den Himmel stürmen

zu können. Sie vergaßen, daß man mit dem Kraftgefühl allein keine Erfolge zu erringen, keine Schlachten zu schlagen vermag, daß die Organisation bei jeder Bewegung im eigenen Interesse der Mitglieder auch deren Grad gewerkschaftlicher Schulung wie überhaupt die realen Machtverhältnisse zu berücksichtigen hat.

Nun kam das Resultat der Bewegung: ein Teil der Arbeiter erhielt eine sehr schöne, ein anderer Teil eine schon weniger befriedigende Lohnverhöhung, ein dritter Teil ging leer aus. Die letzteren vor allem sind nun die Enttäuschten, die Unzufriedenen. Das ist begreiflich, kein Mensch kann ihnen daraus einen Vorwurf machen. Aber — haben sie deswegen Veranlassung, der Organisation den Rücken zu kehren? Gewiß nicht! Es sind ja zwar nur wenige, die in den einzelnen Gruppen diesen Gedanken hegen. Aber auch diesen wenigen muß gesagt werden, daß sie damit eine unzersehbare Lorheit begingen. Sehen wir mal zu.

Zunächst gibt es keine Organisation, die allen Wünschen gerecht zu werden und es jedem Arbeiter recht zu machen vermag. Auch jede Lohnbewegung, vor allem jede große Lohnbewegung, läßt unbefriedigte Wünsche zurück. Je größer die Zahl der beteiligten Arbeiter, desto schwieriger ist es, für jede Abteilung etwas herauszuholen. Und im Abtal handelte es sich diesmal um eine allgemeine Lohnbewegung. Sie umfaßte — die Unorganisierten mit eingerechnet — zirka 2000 Arbeiter. Das sollte man doch nicht unberücksichtigt lassen.

Wer trotzdem die Organisation verläßt, weil er gerade keine Aufbesserung erhielt, der beweist damit, daß es lediglich selbstsüchtige Motive waren, die ihn zum Eintritt in den Verband veranlaßten. Wo bleibt da das Solidaritätsgefühl? Als organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen dürfen wir nicht nur an das eigene persönliche „Ich“ denken, da gilt das Gesamtergebnis einer Bewegung, die Bedeutung der Organisation für die Allgemeinheit zu berücksichtigen. Und nehmen wir das Resultat der verfloßenen Bewegung in seiner Gesamtheit, dann kann doch konstatiert werden, daß die bisher für die Organisation gebrachten Opfer sich reichlich gelohnt haben.

Selbstsüchtiger Motive wegen aus dem Verbands auszutreten, läme einem Verrat an den Arbeiterinteressen gleich. Bedenken wir doch, wieviel Mühe und Arbeit, wieviel Opfer an Zeit und Geld es den Ortsgruppenvorständen und den Mitgliedern der Lohnkommission gekostet hat, das jetzt Erreichte herauszuholen.

Jede Schwächung der Organisation gefährdet den Erfolg der gebrachten Opfer, stellt das Erreichte in Frage. Mehr noch! Es würde dadurch der Organisation auch erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht, die nächste günstige Gelegenheit auszunutzen, um weitere Vorteile zu erringen.

Wer der Organisation den Rücken kehrt, schneidet sich somit ins eigene Fleisch. Das geht schon aus dem eben Gesagten hervor. Dann aber: ist nicht die Behandlung der Arbeiter seit dem Bestehen der Organisation nach mancher Richtung hin eine bessere geworden? Auch das Straßensystem hat nach der Ansicht mancher Arbeiter eine Milderung erfahren. Alle diese kleineren Vorteile würden durch einen Rückgang der Organisation ebenfalls aufs Spiel gesetzt. Die Arbeiter hätten auch keinen Rückhalt mehr. Das alte Mißtrauen, die gegenseitige Verleerung griffen wieder Platz. Sie wären von neuem zur früheren Ohnmacht verdammt. Und doch muß die Arbeiterschaft gerade jetzt einig und geschlossen dastehen. Nur dann vermag sie sich in den Krankenkassen eine günstige Position und damit die durch die Reichsversicherungsordnung geschaffenen Rechte zu sichern. Endlich mögen die an den Austritt denkenden Kolleginnen und Kollegen berücksichtigen, daß sie mit dem Austritt aus dem Verband auch den nach einer 52 wöchigen Wartezeit beginnenden Anspruch auf Kranken-, Arbeitslosen-, Reise- und Umzugunterstützung vollständig preisgeben. Die eingezahlten Beiträge sind dann verloren und kommen auch bei einem späteren Wiedereintritt nicht mehr zur Anrechnung.

Das alles muß auch den Wankelmütigen Veranlassung genug sein, einen Schritt zu unterlassen, den sie früher oder später noch bitter bereuen müßten. Nein! Nicht rückwärts soll die Lojung sein, sondern vorwärts. Die Kolleginnen und Kollegen, die bei der Lohnbewegung leer ausgingen, mögen in ihren Abteilungen mal nach dem Rechten sehen. Sind da die Organisationsverhältnisse wirklich gut? Wenn nicht, dann rasch ans Werk und das Versäumte nachgeholt. Die Reihen gestärkt und dann mit Mut und Zuversicht in die Zukunft geblickt. Rom ist nicht an einem Tage erbaut worden. Auch das große Werk der wirtschaftlichen Hebung der Arbeiterschaft kann nicht in einigen Monaten oder Jahren reiflos vollführt werden. Dazu gehört rastloses und zähes Ringen. Nicht sprungweise, nur Schritt vor Schritt geht es auswärts, dem Ziel entgegen. Wenn die Kolleginnen und Kollegen des Abtals das beherzigen, dann wird auch der Erfolg auf ihrer Seite bleiben.

„ein besseres Verständnis für die exakte Wissenschaft“ haben, als die Arbeiter. Die vereinten Kampfgenossen reden im Brustton der Überzeugung von der Notwendigkeit der Fortführung der Sozialreform bei feierlichen Anlässen, während sie sonst das ganze Jahr hindurch nichts anderes kennen, als gegen jeden und selbst den kleinsten Fortschritt der sozialen Gesetzgebung Sturm zu laufen, weil die Industrie diese neue Belastung nicht mehr ertragen könne. Stolz erheben die Herren Professoren ihr Haupt und reden bei geeigneten Gelegenheiten von der Bedeutung einer natürlich richtig geleiteten Gewerkschaftsbewegung, während sie von ihren Lehrstühlen und in ihren wissenschaftlichen Werken den Wert jeder gewerkschaftlichen Arbeit indirekt verneinen. Sie wollen keine Zerkümmern der Gewerkschaften, kennen dabei aber keine verbiensthöhere Arbeit, als in Rede und Schrift einen besseren gesetzlichen Arbeitwilligenschuß, ein gesetzliches Verbot des Streikpostensiehens und Verschärfungen der Strafen für Streikende, im Strafgesetzbuch zu verteidigen. Derweil die eine Abteilung der Stimmungsmacher in ihrer Art für den Fortbestand einer starken Gewerkschaftsbewegung sich ausspricht, ohne in dessen konsequenter in diesem Sinne zu handeln, versucht die andere Abteilung, den Gewerkschaften jede Bedeutung abzuspüren. Je mehr sie aber von der Bedeutungslosigkeit der Gewerkschaften reden, um so intensiver arbeiten sie an der Beseitigung des gewerkschaftlichen Einflusses. Da gründet man eigene „Gewerkschaften“ unter dem Titel Werksvereine und sucht alles, was im bürgerlichen Lager unzufrieden ist, vor den Scharfmacher-Larven zu spannen.

So liegen heute die Dinge, und so wird Stimmungsmache betrieben. Die Arbeiter versucht man einzukübeln und die anderen Volksschichten gegen die Arbeiterschaft scharf zu machen. Lange genug hat dieses unvollbrachte Spiel gewährt. Es wird Zeit, daß die Arbeiterschaft sich auf sich selbst besinnt.

**Eine der großen Daseinsfragen unserer Nation.** In einem sehr lesenswerten Aufsatz der Frankf.-Ztg. (Nr. 276 vom 5. Okt.) bespricht der bekannte Wohnungs- und Sozialpolitiker Dr. C. v. Mangoldt das Thema: „Sozialpolitik, Wohnungsfrage und Staatsinteresse.“ Bei der Wohnungsfrage stehen letzten Endes Lebensinteressen unseres Volkes und Staates auf dem Spiele. Deutschlands Weltstellung sehe und falle „mit unserer Stellung, Kraft, Tätigkeit und Tüchtigkeit als großes Industrie- und Handelsvolk.“

„Aber eben diese Umwandlung in ein großes Industrie- und Handelsvolk hat auch unsere Wohnungs- und Ansiedlungsverhältnisse in einer bisher in unserer Geschichte noch nicht dagewesenen Weise umgewälzt. Diese Umwälzung hat uns vor die ungeheure Aufgabe gestellt, auf ganz neuen Grundlagen und unter vollständig veränderten und uns tiefenhaft gemachten Verhältnissen das Wohnungs- und Ansiedlungswesen dieser städtischen und industriellen Massen neu zu gestalten, und zwar so, daß auch auf dieser neuen Grundlage ein dauerndes Wohlfühlen und Gedeihen der Nation möglich ist. Gelingt uns das nicht, so wird unausweichlich unsere gegenwärtige Blüte nur von kurzer Dauer sein und, statt von dauernder Entfaltung, von Siechtum und Verfall abgelöst werden.“

Aber wer könnte wohl behaupten, daß wir in diesem großen und weiten Sinne die Aufgaben unseres modernen deutschen Wohnungs- und Ansiedlungswesens überhaupt nur erst allgemainer erfasst, geschweige denn gelöst hätten! Im Gegenteil: gerade unter dem Gesichtspunkte der dauernden Kraft und Leistungsfähigkeit unserer städtischen und industriellen Volksmassen, die doch als erste Voraussetzung das Nachwachsen einer reichlichen und gesunden Jugend hätte, geben unsere Wohnungs- und Ansiedlungsverhältnisse zu den dunkelsten Ausblicken Anlaß. Es wird nicht viele unter den zahlreichen gründlicheren Untersuchungen über unsere Wohnungsverhältnisse geben, in denen nicht die melancholische und peinliche Klage wiederkehrt über die entsetzlichen Schwierigkeiten für kinderreiche Familien, auch nur einigermaßen erträgliche Wohnungen, ja überhaupt nur Wohnung zu finden. Schlimmer aber noch beinahe ist die ungeheure Beeinträchtigung, die in weitem Umfange die Jugend unserer ärmeren Klassen durch unsere Wohnungsverhältnisse erfährt. Unter den Verhältnissen unserer Großstädte wenigstens — und die Verhältnisse vieler mittleren und kleineren Städte nähern sich ihnen allmählich an — können bei der ärmeren Bevölkerung die Eltern ihren Kindern einen großen Teil der notwendigsten Güter, die ein Kind braucht nämlich in genügender Ausmaße Licht, Luft, Tummelfreiheit, Zusammenhang mit der Natur und dem Boden, eine Umgebung, die dem Kinde wirklich etwas gibt und ihm eine Heimat werden kann, überhaupt nicht mehr schaffen, denn selbst die beste Zweizimmerwohnung in der gewöhnlichen Mietkaserne ist in diesen Beziehungen bettelarm.

Solche Verhältnisse müssen in einer Zeit, wie der unsern, die mehr und mehr auch die Fortpflanzung in den Kreis rationalistischen Geschehens zieht, nicht nur auf die körperliche und geistige Beschaffenheit der Jugend, sondern allmählich auch auf ihre Zahl gewaltig einwirken. Und wahrlich: sind denn die Zeichen der Zeit da noch nicht deutlich genug? Als für den 1. Dezember 1906 die Herkunft der damals bei der Fahne befindlichen deutschen Unteroffiziere und Soldaten festgestellt wurde, ergab sich bei den größeren Städten ein gewaltiger Ausfall gegenüber dem, was sie ihrer Bevölkerungszahl und Bevölkerungszusammensetzung nach an Unteroffizieren und Soldaten hätten stellen müssen. Für Berlin war der Ausfall bereits so groß, daß, wenn man diese Verhältnisse auf die jetzige Bevölkerung von Groß-Berlin und die jetzt zur Welt kommende Jugend angebandt denkt, seinerzeit ein Ausfall von mehreren

Armeekorps allein durch Groß-Berlin zu erwarten ist. Das sind die Folgen der geringeren Geburtenzahl und geringeren Militärtauglichkeit in den großen Städten. Daß an diesen schweren Schäden unsere Wohnungs- und Ansiedlungsverhältnisse ein gerütteltes Maß von Mitschuld tragen, wird kein Einsichtiger bestreiten.

Wenn dem aber so ist, so handelt es sich bei der Wohnungsfrage in der Tat um ein Stück der Grundlage der Macht und Zukunft unseres Volkes. Und wenn sonst nichts, so sollte dies doch wenigstens dazu führen, die Wohnungsfrage im modernen Deutschland als das zu erkennen und zu behandeln was sie tatsächlich ist: als eine der großen Daseinsfragen unserer Nation!

**Ein unbegreifliches Urteil.** In dem Stettiner Vorort Frauendorf kam es vor einigen Monaten gelegentlich eines Streiks zum Zusammenstoß zwischen einem Streikenden und einem Arbeitswilligen, in dessen Verlauf letzterer den ersteren durch einen Messerstich in den Unterleib tötete. Laut „Frankf.-Ztg.“ (Nr. 284/1918) spielte sich der Vorfall wie folgt ab. Die Arbeiter der Fabrik waren in einen Streit eingetreten, Brandenburg trat als Arbeitswilliger in die Fabrik ein. Nach seiner Erklärung führte er sich durch die Streikenden bedroht. Er trug deshalb ein langes Brottmesser bei sich. Als Brandenburg am Abend des 5. Juni die Fabrik verließ, kam es zwischen ihm und den Streikenden zum Konflikt. Nach der Darstellung Brandenburgs soll der Arbeiter Kühl ihm mit den Händen in den Hosentaschen entgegengekommen sein und ihn angerufen haben: „Du Hund, Du arbeitest noch auf der Fabrik?“ Er habe zurückgefragt: „Was bist denn Du für einer?“ Kühl habe er einen Stoß gegen die Schulter erhalten, und da Kühl wieder mit den Händen in die Taschen gefahren sei, habe er angenommen, daß Kühl nach dem Messer greife. In seiner Aufregung habe er nach dem Messer gegriffen, zugestoßen und sei dann davon gelaufen. Der Stoß traf Kühl von unten her tief in den Leib und war absolut tödlich. Kühl brach mit dem Ausruf: „Der Kerl hat mich gestochen!“ zusammen. Nach der Aussage der Zeugen hat Kühl die Hände in der Hosentasche gehabt und Brandenburg nicht berührt. Auch der als Sachverständiger vernommene Kreisarzt erklärte es nach dem Bericht des „Vorwärts“ für ausgeschlossen, daß Kühl die tödliche Wunde in einer Stellung erhalten haben könne, bei der er dem Angeklagten die Hand auf die Schulter legte. Nach dem Stoß hat Brandenburg das Messer aus dem Leibe seines Opfers gezogen und, es in der Hand haltend, gerufen: „Da trage ich noch mehr was mit!“ Dann floh er in die Fabrik zurück, vor der sich bald eine drohende Menge ansammelte. Brandenburg wurde zunächst verhaftet, dann aber wieder freigelassen.

Dieser Tage nun hatte sich Brandenburg wegen seiner Tat vor dem Schwurgericht zu verantworten. In der Schwurgerichtsverhandlung plädierte der Staatsanwalt auf Ueberbrechung der Notwehr unter Zustimmung mildernder Umstände. Die Geschworenen gingen darüber noch hinaus und verneinten sämtliche Schuldfragen. Brandenburg wurde freigesprochen.

Man greift sich unwillkürlich an den Kopf und fragt sich, wie ist so etwas möglich. Selbst wenn Brandenburg wirklich ernstlich angegriffen worden wäre, was anscheinend gar nicht der Fall war, so siehe sich diese Tat doch immer noch nicht rechtfertigen. Eine Ueberbrechung der Notwehr liegt auf jeden Fall vor. Und trotzdem der Freispruch! Dagegen bäumt sich jedes Rechtsempfinden auf. Hier hat offenbar die „soziale“ Auffassung der Geschworenen mitgesprochen. Eine solche Rechtsprechung aber muß die verhängnisvollsten Folgen haben. Mit Recht bemerkt die „Frankf.-Zeit.“: „Solche Taten ungehört lassen, heißt ein Ausnahmerecht für Ausschreitungen schaffen, die bei anderen schwere Strafen zur Folge haben.“ Und da verlangen gewisse Kreise noch einen besonderen Schutz der Arbeitswilligen!

**Die Aktion des „deutschen“ Verbandes.**

Die Meinung einer Kollegin. Wir erhalten von einer Kollegin aus unserem Verbande folgende Zuschrift: „Unverfrorenheit sondergleichen hat der sozialdemokratische Textilarbeiterverband in den jüngsten Wochen an den Tag gelegt. Das kommt unseren christlich organisierten Textilarbeiterinnen immer deutlicher zum Bewußtsein.“

Am 26. September brachte der sozialdemokratische „Textilarbeiter“ einen Aufruf zu einer Aktion für den freien Samstag-Nachmittag. Die „frei organisierten“ Mitarbeiterinnen in meiner Abteilung haben sich nicht wenig auf diese „Heldentat“ zugute getan. Manche dieser kurzfristigen Genossinnen glaubten, die Verwirklichung der Forderung müßte jetzt in aller kürzester Frist kommen. Dabei wurde dann unser christlicher Textilarbeiterverband als rückständig gehalten, weil er zur gleichen Zeit über die Frage des freien Samstag-Nachmittag nichts gebracht hatte.

Die Prahlereien der Genossinnen haben nun bezweckt, daß ich mit besonderer Spannung die nächste Nummer unserer Textilarbeiterzeitung erwartete. Und was mußte ich da erfahren? Der sozialdemokratische Verband hat die ganze Aktion auf eigene Faust unternommen — ohne unseren Verband und seine Leitung in dieser Sache zu verständigen. Er hat außer unserem christlichen Verband auch die Hirsch-Dunderische Textilarbeiterorganisation einfach hintz liegen lassen. Das ist eine Unverfrorenheit sondergleichen!

Derselbe sozialdemokratische Verband, der bei wirtschaftlichen Bestrebungen stets am lautesten schreit: „Ver-

einzelte seid Ihr nichts, vereint alle“, und der diesen Satz am Kopf seines Verbandsorgans stehen hat, er handelt bei einer wichtigen Staatsaktion ganz entgegengesetzt. Ohne in Verbindung mit den interessierten Kreisen zu treten, will er eine Petition vorbereiten!

Außer dieser Tatsache war mir noch eine weitere Unverfrorenheit aufgefallen. Der sozialdemokratische Textilarbeiterverband hat sich nämlich nicht geschaut, die Unterschriften für die Petition anzuweisen, daß sie von jedem Textilarbeiter, jeder Textilarbeiterin, ob Verbandsmitglied oder nicht, die Unterschrift einholen. Man soll es nicht für möglich halten! Der christliche Verband existiert für den sozialdemokratischen Verband nicht, um in der Frage des freien Samstag-Nachmittag seine Meinung festzulegen — die christlichen Verbandsmitglieder aber sind gerade gut genug, um eine sozialdemokratische Petition zu unterzeichnen.

Wir kommt beim Ueberdenken dieser Dreuzigkeit der Gebante: Was würde wohl der „Textilarbeiter“, das Organ des sozialdemokratischen Verbandes, für Töne anschlagen, wenn der christliche Verband der „frei organisierten“ Textilarbeiterzeitung zugemutet hätte, eine „christliche“ Petition zu unterschreiben?

Wir aber sollten zu allem ruhig schweigen! Das geht doch nicht. Ich habe es deshalb nur recht und billig gefunden, daß unser Verbandsorgan die Aufforderung erließ, die Unterschrift zu verweigern. Ich freue mich, daß unsere Textilarbeiterzeitung sich ausdrücklich für den freien Samstag-Nachmittag ausspricht; noch mehr aber freue ich mich, daß unser christlicher Verband trotz dieser befürwortenden Stellung es ablehnte, als Pantoffelheld des sozialdemokratischen Verbandes zu fungieren.

Einen Moment muß ich zum Schluß noch hervorheben. In derselben Woche, wo die sozialdemokratischen Vertrauensleute die Unterschriften der christlichen Verbandsmitglieder einzuholen hofften, begann der rote Textilarbeiterverband die Schmähbroschüre Möhlings zu verteilen. Die Arbeit ist vielleicht gründlicher besorgt worden, als die Unterschriftensammlung für die Petition. An die Verteilung der Schmähbroschüre hat sich dann eine geradezu infernale Hege angeschlossen. Die christlichen Verbandsmitglieder wurden nach Möglichkeit verhöhrt und aufgezoogen. Ich habe aus jeder Redensart herausgehört, wie höllisch sich die Genossen freuten, durch diese Broschüre einmal „Stoff“ bekommen zu haben, um der verhassten christlichen Textilarbeiterorganisation einen Schlag zu versetzen. Und trotz dieses unerhörten Kesseltreibens besaßen die sozialdemokratischen Vertrauensleute noch Frechheit genug, zu einigen unserer Mitglieder wegen der Unterschrift hinzugehen. Ist das nicht der Gipfel der Unverfrorenheit?

Ich will dem Geschilderten nur eins hinzufügen: Gerade die letzten Wochen ist es mir und meinen gleichgesinnten Mitarbeiterinnen klar geworden, daß der christliche Textilarbeiterverband — trotz alledem und alledem — die einzig richtige Organisation für christlich denkende Arbeiterinnen ist.

**Große Teilnahmslosigkeit.**

Wir haben in der vorigen Nummer der Textilarbeiter-Zeitung der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß die Aktion des Verbandes „deutscher“ Textilarbeiter für den freien Samstagnachmittag zu ungeliebener Zeit käme. Zur Zeit eines wirtschaftlichen Niederganges, da ohnehin mit wesentlich verkürzter Arbeitszeit gearbeitet werden müsse, sei es schwer, die Arbeiterschaft in genügender Weise für einen solchen Kulturfortschritt zu gewinnen. Der ganze Verlauf der sozialdemokratischen Aktion gibt uns darin recht. Die Mitglieder des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes zeigen im allgemeinen sehr wenig Verständnis und Interesse für die Aktion.

So wird uns aus Neustadt D.-S. berichtet, daß die „deutschen“ Mitglieder zum guten Teile ihre Unterschrift verweigern. Die bisher erlangten Unterschriften seien meist von Jugendlichen und diesen förmlich abgeschwätzt worden. So sei den jungen Mädchen erzählt worden, der Obermeister habe gesagt, sie sollten unterschreiben. Daß man mit solchen Tricks Unterschriften ergattern muß, ist gerade kein gutes Zeichen.

Tatsächlich stößt der „deutsche“ Verband in weiten Kreisen seiner Mitglieder, namentlich seiner weiblichen, auf vollständige Interessenlosigkeit oder direkte Ablehnung. Schon in seiner No. 39 mußte der „Textilarbeiter“ von einer schlesischen Frauenkonferenz berichten, daß sich die Kolleginnen mit dem freien Samstagnachmittag nicht sonderlich befreunden könnten. In der folgenden Nummer berichtet er über mehrere Mitgliederbesprechungen, die zu der Aktion für den freien Samstagnachmittag Stellung nahmen. Nur von einer einzigen Versammlung vermag das Blatt einen guten Besuch zu melden. Der Besuch der übrigen Versammlungen muß Mäglich gewesen sein. In Bauen haben zwei öffentliche Versammlungen stattgefunden, um die Unterschriftensammlung vorzubereiten. Leider muß gesagt werden, daß beide Versammlungen sehr schlecht besucht waren, heißt es im „Textilarbeiter“. Auch in Leuben hat der „deutsche“ Verband zwei Versammlungen wegen der Aktion für den freien Samstagnachmittag abgehalten, aber auch hier sieht sich der Berichterstatter gezwungen, den schlechten Besuch der beiden Versammlungen und die Teilnahmslosigkeit der Mitglieder zu bemängeln. Schon im Jahrbuch des „deutschen“ Verbandes für 1912 wird in einem Gautonferenzbericht aus Gera darauf hingewiesen, daß gerade in diesem Bezirke, wo die Frauenarbeit überhand genommen hat, unter den Arbeiterinnen kein großes Verständnis für den freien Samstag-

nachmittag anzutreffen sei. Im Geraer Bezirk haben schon im vorigen Jahre Versammlungen für den freien Samstagnachmittag stattgefunden, sie waren aber nicht besonders gut besucht, und es fehlte auch die Begeisterung unter den Textilarbeiterinnen, diese Forderung in den Vordergrund zu drängen.

Diese Stimmungsbilder zeigen, daß die von der Zeitung des „deutschen“ Verbandes zur Schau getragene Begeisterung der Wirklichkeit durchaus nicht entspricht.

Im übrigen ist noch folgendes Vorkommnis aus Landeshut in Schlesien geeignet, die Aktion des „deutschen“ Verbandes in ihrer wahren Natur zu zeigen:

In den Landeshuter Webereien und Spinnereien sind viele Hunderte von Mädchen aus dem Waldenburger Industriegebiet (Töchter von Bergleuten) beschäftigt. Während sie die ganze Woche in Landeshut und den angrenzenden Dörfern logieren, fahren sie Sonnabends nach Fabrikshaus nach Hause, um Montag früh wieder zurückzukehren. Zur Beförderung speziell dieser Arbeiterinnen hat die Bahnverwaltung einen besonderen Zug (den sogenannten „Mädchenzug“) eingelegt, welcher Sonnabends gegen 5 Uhr nachmittags Landeshut verläßt. Diesen Zug hätte die Bahnverwaltung aus verkehrstechnischen Gründen gern in die Zeit um 2 oder 3 Uhr nachmittags verlegt. Sie ging, wie uns berichtet wurde, dieserhalb an die Textilfabrikanten mit einer diesbezüglichen Anregung heran, und zuverlässigen Erkundigungen zufolge waren die Unternehmer nicht abgeneigt, den Fabrikshaus schon um 1 Uhr mittags festzusetzen. Was geschah? Der sozialdemokratische Textilarbeiterverband berief eine Versammlung ein und es wurde da der Arbeiterschaft erzählt, daß der Fabrikshaus um 1 Uhr unannehmbar wäre. Die Mütter müßten wegen der Kinder schon um 12 Uhr zu Hause sein und deshalb müßte ein noch früherer Fabrikshaus gefordert werden. (Als ob nicht unendlich viel Kinder alle Tage die Woche über nicht bloß eine Stunde, sondern vielfach den ganzen Tag ohne Mutter sind.) Wegen eines noch früheren Fabrikshaus sträubten sich aber die Arbeiterinnen, da sie dann einen zu großen Lohnausfall hätten. Andererseits hätten auch die Fabrikanten einem früheren Fabrikshaus als um 1 Uhr den größten Widerstand entgegengesetzt.

So bewirkte das Vorgehen des sozialdemokratischen Verbandes das gerade Gegenteil, es wurde von jeder Verkürzung der Arbeitszeit am Sonnabend abgesehen.

### Aus unserer Industrie.

#### Die neuen amerikanischen Textilzölle.

Die gesetzgebenden Körperschaften der Vereinigten Staaten Nordamerikas haben eine wesentliche Ermäßigung der Zölle beschlossen. Da Amerika ein bedeutender Absatzmarkt für unsere deutsche Textilindustrie ist, interessieren uns in der Hauptsache die neuen Zölle für Textilwaren. Wir geben hier eine Gegenüberstellung der alten und neuen Zölle nach einer Aufstellung der „Frankfurter Zeitung“ und behalten uns vor, demnächst die ganze Angelegenheit in einem besonderen Artikel zu besprechen.

Die zum Vergleiche beigelegten Raten des Payne-Whitney-Gesetzes (des alten Zolltarifgesetzes) konnten, da die Klassifizierung mancher Waren in der neuen Bill nach ganz anderen Gesichtspunkten erfolgt ist als in dem bisherigen Zolltarif, in einigen Fällen nur annähernd genau wiedergegeben werden.

#### Baumwolle und Baumwoll-Fabrikate.

Baumwolle (im Stück, nicht zu Kleidung oder anderweit verarbeitet). — Der Payne-Whitney-Tarif sieht etwa hundert verschiedene Zollsätze vor; in der neuen Vorlage lautet der davon handelnde Paragraph wie folgt:

„Baumwollstoffe, die nicht gebleicht, gefärbt, färbt, bemalt oder gemustert oder mercerisiert sind, enthaltend Fäden, deren höchste Nummer 9 nicht übersteigt, 7 1/2 Proz. vom Wert, über Nummer 9 und nicht über Nummer 19 10 Proz. vom Wert, über Nummer 19 und nicht über 39 12 1/2 Proz. vom Wert, über 39 und nicht über 59 20 Proz. vom Wert, über 59 und nicht über 79 22 1/2 Proz. vom Wert, über 79 und nicht über 99 25 Proz. vom Wert, über Nummer 99 27 1/2 Prozent vom Wert.“

Wenn dieselben Stoffe gebleicht, gefärbt, bunt, bemalt, gemustert oder mercerisiert sind, wird zu jedem dieser Zollsätze ein Zuschlag von 2 1/2 Proz. v. W. erhoben.

Baumwollstrümpfe. Der Paragraph zeigt erhebliche Ermäßigungen gegen die Payne-Whitney-Raten; der genaue Wortlaut ist wie folgt:

„Strümpfe, Socken und Halbhocken mit eingewebtem Saum, fassoniert, verengt oder ganz oder zum Teil auf Strickmaschinen oder Rahmen oder mit Hand gestrickt, einschließlich solcher, die im Handel als saumlose Strümpfe, Socken und Halbhocken befannt sind und durchbrochene Strümpfe, Socken und Halbhocken, alle die erwähnten aus Baumwolle oder anderer vegetabilischer Faser hergestellt, nicht fertig im Werte von nicht mehr als 70 Cents per Duzend 30 Prozent vom Wert, von nicht mehr als Doll. 1,20 40 Proz., darüber 50 Proz. vom Wert. Baumwoll-Tafelamast . . . 40% v. Werte 25% v. Werte Aus Baumwolle oder andern Pflanzenfasern hergestellte Spitzengardinen, Kissenzüge, auf der Nottingham-Maschine gemacht, wenn nicht mehr als 6 Punkte auf den Zoll zwischen den Kettenfäden . . . 60% v. W. 35% v. W. nicht mehr als 8 Punkte . . . 60% v. W. 40% v. W. 8 oder mehr Punkte . . . 60% v. W. 45% v. W. Plüsch, Samt, Plüsch- und Samt-Bänder, Velveteen, Corduroy und alle Flor-

fabrikate, deren Hauptwert Baumwolle ist . . . . .	verschiedene Sätze von 9 C. p. Quadrat-Yard u. 25% v. W. bis 18 Cts. und 35%	40% v. W. 30% v. W. 25% v. W.
Baumwolltragen . . . . .		60% v. W.
Taschentücher . . . . .		85% v. W.
Baumwollnetze auf Nottingham-Maschine hergestellt		80% v. W.
Gardinen v. Tischdecken aus Baumwollchenille, gemust. Jacquard-Möbelbezüge		15% v. W.
Sonstige gemust. Jacquard-fabrikate		
Spulengarn, sowie Strickgarn- und Häfelgarn		

#### Glachs, Hanf und Jute, sowie Fabrikate aus diesen Materialien.

Gegenstand	Payne-Whitney-Zoll	Neuer Zoll
Lane und Seile . . . . .	2 Cts. p. Pfd.	1/2 C. p. Pfd.
Schläuche . . . . .	15 Cts. p. Pfd.	7 C. p. Pfd.
Alnokeum . . . . .	8 C. v. Quadrat-Yard u. 15% v. W. b. 20 C. u. 20% vom Wert	30% v. W. u. feinstes 35%
Taschentücher, deren Hauptwert Leinwand ist . . . . .	50—55% v. W.	35% v. W., jedoch wenn mit Hochbaum oder a jour 40%
Tragen und Manschetten ganz oder teilweise aus Leinwand . . . . .	40 C. p. Dhd. u. 20% v. W.	30% v. W.
Einfache Gewebe im Stück, dem Hauptwerte nach aus Leinwand, Hanf oder Ramie	1 1/2 C. v. Quadrat-Yard und 30% v. W. b. 9 C. p. Quadrat-Yard und 30%	30% v. W.
Alle nicht besonders vorgeesehenen Gewebe aus Glachs, Hanf, Ramie, Bänder, Gürtel, Korbeln, Uken usw. aus Leinwand, Hanf oder Ramie, ev. mit Summfäden	60% v. W.	30% v. W.
Kleidung, nur aus Leinwand, Hanf oder Ramie, ev. mit Summi	meistens 45 b. 60% v. W.	40% v. W.
Alle Florfabrikate in diesem Abschnitt, die sonst nicht erwähnt sind		40% v. W.

Glachs und Hanf sind zollfrei, weswegen für die Garne entsprechend reduziert wurden.

#### Wolle und Wollfabrikate.

Rohwolle, Kameelhaar, Alpaka, Wollabfälle . . . . .	20 b. 50% vom Wert	frei
Rammwolle . . . . .	30% v. W.	8% v. W.
Wollkleidung, Shawls . . . . .	50 b. 70% v. W.	35% v. W.
Wollgarn . . . . .	50 b. 70% v. W.	18% v. W.
Plüsch- und Möbelbezüge . . . . .	70% v. W.	40% v. W.
Decken aus Baumwolle oder Wolle im Werte von weniger als 40 Cents das Pfund		25% v. W.
Gewöhnliche Strümpfe aus Wolle oder deren Hauptwert daraus, auf Strickmaschinen hergestellt		20% v. W.
Feinere Strümpfe im Wert bis Doll. 1,20 das Dhd. Dezgl. im Wert darüber . . . . .		30% v. W. 40% v. W.

#### Seide und Seidenzeuge.

Taschentücher, Halbtücher . . . . .	50% v. W.	40% v. W.
dito, mit Hochbaum . . . . .	60% v. W.	50% v. W.
Bänder, Gürtelbänder, Einfassungen, nicht über 12 Zoll breit . . . . .	50% v. W.	45% v. W.
Garn, Fäden, Filamente von Kunstseide oder Seidenimitation	45 b. 60% v. W.	35% v. W.
dito daraus fabrizierte Artikel	etwa 80% v. W.	60% v. W.
Samt, Plüsch, Chenille (Ganz- oder Hauptwert Seide) . . . . .		50% v. W.
Seidenkleidung . . . . .		50% v. W.
Seidengewebe im Stück . . . . .		45% v. W.

Ob die ausländische Industrie Grund hat, eine große Belebung ihres Geschäftes nach Amerika zu erwarten, ist zweifelhaft. Die Ausführungsbestimmungen des Gesetzes sind gegen die fremdländische Konkurrenz gerichtet. Die Bestimmung, daß Waren, die auf amerikanischen Schiffen ins Land kommen, besser behandelt werden als andere, ist, trotz der Proteste Deutschlands, Englands und Oesterreichs, nicht aufgehoben worden. Bestehen blieb ferner das Recht zur Einfuhr in die Handelsbücher des Exporteurs, wenn die amerikanische Zollbehörde Zweifel in die Richtigkeit der Fakturen setzt. Unverändert angenommen wurde endlich die Vorschrift, daß fremde Waren mit einem Zuschlagszoll belegt werden, sobald sie im Herkunftsland billigere Preise haben als in Amerika. Man kann also nicht wissen, wie das praktische Ergebnis der neuen Wirtschaftssära aussehen wird. Bewiesen ist zunächst nur, daß der Schutzzoll die amerikanische Wirtschaft groß gemacht hat. Zu beweisen bleibt, ob dies trotz ihm oder durch ihn geschah. Aber der neue Unterwolltarif ist eine Tat, die unter allen Umständen ein Hauptkapitel in den Annalen des Zolltarifwesens beanspruchen darf.

## Aus dem Verbandsgebiete.

### Broschüren gegen die Röhling'schen Verleumdungen.

Wir machen unsere Ortsgruppenvorstände darauf aufmerksam, daß noch von der vom Zentralvorstande gegen die Röhling'schen Verleumdungen herausgegebenen Broschüre gratis welche zu haben sind. Wir bitten die Ortsgruppen, für die weiteste Verbreitung dieser Broschüre besorgt zu sein und ihre Bestellungen an die Zentralstelle in Düsseldorf-Glänzen zu lassen.

Die Broschüren werden auch an die übrigen christlichen Berufsverbände gratis abgegeben.

Wer also noch nachzubestellen wünscht, möge das schnell besorgen. Mit kollegialem Gruß! Die Geschäftsstelle.

### Arbeitslosen-Berichterstattung.

Am Samstag, den 25. Oktober, ist Arbeitslosensächtag (Festtag) für den Monat Oktober. Alle an diesem Samstag arbeitslosen Mitglieder sind zu zählen und über das Resultat der Zählung ist der Zentrale auf den Arbeitslosen-Berichtskarten (graue Monatskarten) zu berichten. Die Ortsgruppen-Vorstände werden gebeten, für rechtzeitige Berichterstattung Sorge tragen zu wollen.

Das letzte Mal (September) haben nicht berichtet: Bezirk Aresfeld . . . . . Gils, Kaldenkirchen, St. Äbnitz.

- „ M.-Glabach . . . . .
- „ Nachen . . . . . Dören, Imgenbroich, Kott, Verlautenheide, Würfel.
- „ Barmen . . . . . Klombacherbach, Gleidorf, Danglerfeld, Schwelm.
- „ Bocholt . . . . . Bocholt, Spe, Ochtrup, Stadtlohn.
- „ Münster i. Westfalen . . . . . Gröven, Lohne, Ummeln.
- „ Hannover . . . . . Bremen, Schwelge, Mülhausen.
- „ Schlesien . . . . .
- „ Sachsen . . . . . Bernstadt, Chemnitz, Görlitz, Leipzig, Sorau, Willkau, Zeulenroda.
- „ Bayern . . . . . Bayreuth, Gerolz, München, Weisenburg, Zell a. M.
- „ Württemberg . . . . . Ravensburg, Schelllingen, Waldsee.
- „ Baden (Glab) . . . . . Ettlingen, Ehenroth, Reichenbach, Singen, Schopfheim, St. Blasien, Stockach, Tiengen, Unterlauringen, Wehr, Breitenbach, Gaishausen, Heimerdsdorf, Sickingen, Gorbach, Meheral, Moosch, Otterbach, Rothau, St. Amarin, Lärtheim, Winstelben, Worms.

### Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten.

#### Barmen.

Zur Tarifbewegung in der bergischen Seidenhandindustrie. Im März d. Js. war der zwischen dem „Verein von Seidenhandfabrikanten im bergischen Industriebezirk“ einerseits und dem christlichen wie dem sozialdemokratischen Textilarbeiterverbände andererseits vereinbarte Tarifvertrag abgelaufen, ohne daß es gelang, ihn zu erneuern. Bei den Verhandlungen machten die Arbeitgeber besonders in der Lohnfrage so geringe Zugeständnisse, daß es den Handwerkergehilfen unmöglich war, einer Erneuerung des Vertrages mit einer von den Arbeitgebern verlangten dreijährigen Vertragsdauer zuzustimmen. Ohne festen Vertrag wurde zu den alten Tarifbedingungen weitergearbeitet, weil die wenig günstige Geschäftslage die Anwendung scharfer Kampfmittel nicht geboten erscheinen ließ. Es sollte ein günstiger Zeitpunkt abgewartet werden, wo erneut mit Aussicht auf mehr Erfolg an die Arbeitgeber herantreten werden konnte.

Die Handwerkergehilfen beider Verbände hatten seit 1908 gemeinsam an der Erlangung und Ausgestaltung des Tarifvertrages gearbeitet. 1909 kam es zum Streit und zur Aussperrung. Schulter an Schulter standen sämtliche Gehilfen, bis durch Vereinbarungen mit den Arbeitgebern vertraglich festgelegten Lohn- und Arbeitsbedingungen die Zustimmung gegeben werden konnte. Eine aus Vertretern beider Verbände bestehende Tarifkommission erledigte die erforderlichen Arbeiten und führte die Verhandlungen mit den Fabrikanten, ohne daß ernsthafte Differenzen zwischen den Anhängern der beiden Organisationen zu beklagen gewesen wären. Die Einigkeit und Geschlossenheit der Gehilfenschaft blieb gewahrt, bis es gewissen „Führern“ des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes beliebt wurde, die bisher so gut bewährte und so dringend notwendige Einigkeit zu zertrümmern.

In aller Stille, ohne den christlich organisierten Handwerkergehilfen und deren Tarifkommissionsmitgliedern eine Mitteilung zu machen, wurde von den „Führern“ des sozialdemokratischen Verbandes zum 4. Oktober eine Konferenz von Vertretern des „deutschen“ Verbandes einberufen, in der beschlossen wurde, erneut an die Fabrikanten mit Forderungen heranzutreten. Der Wunsch einsichtiger Kollegen des „deutschen“ Verbandes, die Bewegung mit dem christlichen Verbande gemeinsam zu machen, blieb unberücksichtigt, ihre Mahnungen wurden in den Wind geschlagen. Die Hege gegen den christlichen Verband ging gewissen „Führern“ über alles. Ob auch Arbeiterinteressen dabei unter die Räder geraten, was schert's Leute, die kein Verantwortlichkeitsgefühl zu besitzen scheinen und die der Haß blind gemacht.

Folgendes Schreiben wurde vom „deutschen“ Verbande an den Arbeitgeberverband gerichtet:

„Warmen, den 8. Oktober 1913.

An den Vorsitzenden des Vereins von Seidenbandfabrikanten des bergischen Industriebezirks, Herrn F. vom Baur, Ronsdorf.

Eine am Samstag, den 4. Oktober, tagende Konferenz bergischer Seidenbandwirter beschloß, dem Verein von Seidenbandfabrikanten erneut die früheren, Ihnen bekannten Forderungen zu unterbreiten, mit der Erweiterung, daß nicht eine fünfprozentige, sondern auf die gesamte, bis zum 30. März a. c. in Geltung gewesene Lohnliste eine Lohnerhöhung von 10 Prozent gefordert wird.

In dem wir dem Beschlusse hierdurch nachkommen, erklären wir uns gern bereit, mit Ihnen dieserhalb in Verhandlungen einzutreten.

Sollte auch der Verein von Seidenbandfabrikanten Verhandlungen nicht abgeneigt sein, so bitten wir bis zum 16. Oktober um gefl. Mitteilung, ob und eventuell an welchem Tage die gemeinsame Sitzung stattfinden soll.

Durch Vorkänge in verschiedenen Berufen der Textilindustrie sind wir nicht in der Lage, die dem christlichen Textilarbeiterverband angehörigen Mitglieder der Tarifkommission zu den eventuellen Verhandlungen einladen zu können, wir überlassen es Ihnen daher, gegebenenfalls die Leitung der christlichen Organisation zu den Verhandlungen hinzuzuziehen.

Hochachtungsvoll  
gez. Oswald Strug.

Wie werden die Fabrikanten gelacht haben, als ihnen diese famose Eingabe zugeht, in deren letztem Absatz klipp und klar dargelegt war, daß nur ein Teil der Gehilfen, ohne Fühlung genommen zu haben mit ihren Arbeitskollegen, vorgegangen war und die Arbeiter uneinig seien. Tollpatschiger hätte man es nicht gut anfangen können. Die Antwort der Arbeitgeber traf denn auch prompt zur gewünschten Zeit beim sozialdemokratischen Verbande ein, und zwar eine Antwort, wie sie auf vorstehendes Schreiben kaum anders zu erwarten gewesen wäre. Sie lautet:

„Ronsdorf, den 16. Oktober 1913.

Deutscher Textilarbeiter-Verband

Warmen.

In Beantwortung Ihres w. Schreibens vom 8. cr. teile ich Ihnen mit, daß die gestr. General-Versammlung unseres Vereins es abgelehnt hat, mit Ihnen in neue Verhandlungen einzutreten, nachdem die im Frühjahr stattgehabten Verhandlungen zum Abschluß eines Tarifvertrages gescheitert sind.

Hochachtungsvoll  
gez. C. P. Frey vom Baur,  
Vorsitzender.

Unsere beteiligten Kollegen in Ronsdorf, Warmen und Eberfeld haben sich mit der Angelegenheit beschäftigt und stehen einmütig auf dem Standpunkt, daß sie nach wie vor gewillt sind, gemeinsam mit ihren Arbeitskollegen vom sozialdemokratischen Verbande berechnigte Forderungen der Wandarbeitergehilfenschaft des bergischen Landes energisch zu vertreten, doch lehnen sie es ebenso einmütig und entschlossen ab, dem sozialdemokratischen Verbande nachzulaufen und nach der Pfeife gewisser „Führer“ dieses Verbandes zu tanzen. Wenn unsere Kollegen mittaten sollen, wollen sie auch vorher mitraten, wollen mitbestimmen über aufzustellende Forderungen, über den Zeitpunkt und auch über die Art und Weise des Vorgehens. Sie bedauern es lebhaft, wenn jetzt die bisher trefflich bewährte Einigkeit der Seidenbandwirtergehilfen durch unverantwortliches, einseitiges Vorgehen seitens der Leitung des sozialdemokratischen Verbandes zerstört wurde und lehnen jede Verantwortung ab für etwa daraus resultierende Nachteile für die Arbeiter. Mögen sich letztere dann bei ihren „Führern“ bedanken.

### Aus unseren Bezirken.

#### Bezirkskonferenz des Verbandsbezirks Warmen.

Unsere ordentliche Bezirkskonferenz in Vennepe war von 28 Delegierten besucht. Nicht vertreten war Heviges; der Delegierte dieser Gruppe war wegen Krankheit entschuldigt. Außer den Delegierten konnte der Bezirksleiter die Vertreter des Zentralvorstandes, die Kollegen Otte und Weber, und als Gast die Kollegin Harber begrüßen.

Dem Geschäftsbericht möchten wir folgendes entnehmen:

Die bei Gelegenheit der vorjährigen Konferenz ausgesprochene Hoffnung, daß in dem jetzt abgelaufenen Berichtsjahre die Organisation im Warmer Bezirk einen guten Schritt vorwärts machen würde, hat sich leider nicht erfüllt. Im Wuppertal und dessen näherer Umgebung, wo die Mehrzahl der Mitglieder des Bezirkes steht, ist der Geschäftsgang noch ungünstiger geworden wie im Vorjahre. Selbst in der Leppich- und Möbelfabrikbranche, die seit Jahren einen flotten Geschäftsgang zu verzeichnen hatte, trat in den Sommermonaten ein heftiger Rückschlag ein, so daß zahlreiche Arbeiter teilweise fernbleiben mußten. Auch liegt die Beschäftigung mehr als je darnieder. Die Zahl der in der Textilindustrie des Wuppertales Beschäftigten ging zurück. Viele Arbeiter wandten sich anderen Berufen zu. Darunter mußte auch die Agitation leiden.

Die Mitgliederbewegung stagnierte. Es bedurfte der größten Anstrengungen, um einen stärkeren Rückgang zu verhüten. Ende des I. Quartals 1912 zählten wir in 21 Gruppen und Zahlstellen 2390 Mitglieder, im II. Quartal 1913 in 20 Ortsgruppen und Zahlstellen 2384. Davon waren 2062 männliche und 322 weibliche. In Werden ging der Betrieb der Firma Gebr. Wiese ein, wodurch dort allein schon 53 Mitglieder verloren gingen, die meist in anderen Berufen Arbeit fanden. Auch in Urdenbach ging eine Anzahl Kollegen durch Berufswechsel verloren. Die Fluktuation ist immer noch zu groß und kann derselben nur gesteuert werden, wenn jedes Mitglied, das seinen Austritt anmeldet, von einigen Kollegen aufgesucht wird. Diese Hausbesuche werden am zweckmäßigsten von Vorstandsmitgliedern unternommen.

Die Einnahmen betrugen 45.871,50 M. Die Ortsgruppenkassen hatten eine Einnahme von 7572,49 M., der Kassenbestand stieg um 886,41 M. Die Ortsgruppen Warmen, Eberfeld und Rülheim erhoben einen Lokal-

zuschlag von 10 Pfg. pro Woche, die übrigen Gruppen 5 Pfg. Warmen, Wiombach und Eberfeld haben noch eine Sonderkasse, über deren Einnahmen und Ausgaben nicht an die Zentrale und den Bezirksleiter berichtet wird.

516 Mitglieder = 22,8% zahlten in eine höhere als die 40 Pfg. Beitragsklasse und zwar 44 Mitglieder 70 Pfg., 86 Mitglieder 60 Pfg. und 416 Mitglieder 50 Pfg. Beitrag. In einigen Gruppen muß noch viel entschiedener als bisher für den Beitritt in höhere Beitragsklassen geworben werden, besonders auch bei Neuaufnahmen, und zwar im Interesse der betreffenden Mitglieder selbst, weil die Unterstützungssätze in den höheren Beitragsklassen wesentlich höher stehen.

Aus der Zentrale wurden an Unterstühtungen gezahlt: an Streifenunterstützung 1734,06 M., Maßregelungsunterstützung 147,50 M., Reiseunterstützung 101,81 M., Arbeitslosenunterstützung 3737,05 M., Krankunterstützung 6152,75 M., Sterbegeld 830 M., sonstige Unterstühtung 211,90 M., zusammen 12.915,07 M. Hierzu kommen noch die Unterstühtungssummen aus den Lokalkassen einiger Ortsgruppen, über die auf den Abrechnungsformularen keine Zahlenangaben gemacht sind. Daß auch hier ansehnliche Summen in Betracht kommen, beweist schon die Ausgabe der Lokalkasse der Ortsgruppe Warmen für Unterstühtungszwecke, diese betrug 1424,94 M. Es ist im Interesse einer genaueren Statistik dringend notwendig, daß sämtliche Gruppen auf den Abrechnungsbogen jedesmal genau mitangeben, welche Beträge für ihre Sonderlokalkassen vereinbart und verausgabt wurden. Besser noch wäre die Vermischung dieser Sonderkassen mit den Ortsgruppenkassen, würde doch dadurch auch die Geschäftsführung erleichtert. — In fast sämtlichen Gruppen wurden vom Bezirksleiter außerordentliche Kassenrevisionen vorgenommen, bei denen nur einige kleinere Mängel in der Buchführung zu monieren waren. Die Kassenverhältnisse stimmten überall.

Lohnbewegungen und Arbeitslosigkeit. Ueber 23 Bewegungen wurden Fragebogen eingeschickt. 15 Bewegungen verliefen friedlich, 8 führten zu Streiks. An 22 Bewegungen waren beteiligt: 495 Mitglieder unseres Verbandes, 866 Mitglieder anderer Organisationen und 295 Unorganisierte, zusammen 1656 Arbeiter. 6 Bewegungen hatten vollen, 13 teilweise und 8 keinen Erfolg. 13 waren Angriffs- und 9 Abwehrbewegungen und außerdem der Sympathiestreik der rot organisierten Färber. Letztere Bewegung ist in obigen und den folgenden Zahlen nicht aufgeführt.

Es wurden erzielt an Lohnserfolgen für 235 Arbeiter 23.045,96 M. pro Jahr. Für 147 Mitglieder 10.581,36 M. An Arbeitszeitverkürzungen für 44 Mitglieder je 5 1/2 Stunden pro Woche, 4 Mitglieder je 4 Stunden pro Woche und 9 Mitglieder je 2 Stunden pro Woche. In 3 Fällen wurden Maßregelungen abgemehrt. In einem Falle wurde anstelle der 14-tägigen wöchentlichen Lohnzahlung bewilligt. Vollständig verloren gingen die vom sozialdemokratischen Verbande geführten Streiks der Riemendreher und Färber im Wuppertal. Auf 6 Fragebogen sind keine Zahlen über die Lohnserfolge angegeben.

Ueber eine Anzahl Bewegungen sind überhaupt keine Fragebogen eingegangen. Wann werden sich die Vorstände endlich ihrer Pflicht bewußt, über jede Bewegung einen genau ausgefüllten Fragebogen einzureichen?

Obige Zahlen beweisen, daß trotz der ungünstigen Geschäftslage noch recht ansehnliche Erfolge erzielt werden konnten.

Wenn keine größeren Erfolge zu erringen waren und auch die Entwicklung der Mitgliederzahl nicht befriedigte, so ist das in erheblichem Maße auf die unstünige Taktik des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes und die gegen unseren Verband inszenierte Heze zurückzuführen. Dadurch wird vielen Arbeitern der Organisationsgedanke vollständig verleidet, weil sie einsehen, daß nur die Arbeitgeber von einer solchen Bekämpfung Vorteil haben und die „gelbe“ Frucht dieses Bruderkampfes in ihre Schuoren fahren können. Das haben die vom roten Verbande „glorreich“ geführten Kämpfe der Riemendreher und Seidenfärber bewiesen. Wenn der sozialdemokratische Textilarbeiterverband schon im Jahre 1912 in seinen Filialen Warmen-Eberfeld, Ronsdorf, Haan, Ohligs und Langenberg 267 Mitglieder verloren hat, so ist der Verlust im ersten Halbjahr 1913 sicher ein noch viel größerer, dank seiner famosen Streiktaktik und des heftigen, mit den schmutzigsten Mitteln betriebenen Kampfes gegen unseren Verband. Ob sich die Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes auf die Dauer mit solchen „Erfolgen“ zufriedenstellen lassen? —

Der Bericht schloß mit einer Aufforderung zur weiteren tatkräftigen Mitarbeit, um allen Gegnern zum Trost unseren Verband auch im Warmer Bezirk weiter vorwärts zu bringen.

#### Zwei Anträge lagen der Konferenz vor

1. die Ortsgruppen sollen innerhalb vier Wochen berichten, welche Kollegin als Berichterstatterin gewählt ist; und

2. den Ortsgruppen wird in kurzer Zeit eine Disposition ihrer nächsten Aufgaben vom Bezirksleiter zugehen.

Einstimmige Annahme der Anträge, sowie einstimmige Wahl der Kollegin Jahn-Warmen als Bezirksberichterstatterin waren das Resultat der Abstimmung. Nunmehr erhielt Kollege Weber-Magen das Wort zu seinem Referate: „Der Kampf um die Jugend.“ Die vorzüglichsten Ausführungen interessierten vom Anfang bis zum Schluß. Spannendste Aufmerksamkeit und reicher Beifall lohnten den Redner.

Ein anderes Gebiet hatte Kollege Otte-Wocholt zu beackern: „Die Volksversicherung.“ In knapp 30 Minuten entledigte sich der Redner seiner Aufgabe in geschickter Weise. Die Gemeinnützigkeit der Volksversicherung D. V. M. G. vor Augen führend, bat er um kräftigste Mitarbeit aller Anwesenden zu Ruh und Frommen unseres deutschen Volkes. Die Tagesordnung war damit erschöpft. Kurz zusammenfassend gab Kollege Jahnbrach einen Lieberblick über das Resultat der Tagung. Noch einmal klang es durch den Saal:

„Wir haben geschlossen — In Freundschaft den Bund Und fest und unverdrossen — Gehalten jede Stund. Drum laßt uns halten — Was wir einst gelobt, Laßt uns're Kraft entfallen — Die sich so oft erprobt“, und die Delegierten gingen mit herzlichsten Grüßen auseinander, gestärkt für neue Arbeit.

### Ordentliche Bezirkskonferenz für Baden.

Die Konferenz fand am 28. Sept. im alkoholfreien Restaurant „Clavahof“ in Basel statt. Erschienen waren aus 31 Ortsgruppen 80 Kollegen und Kolleginnen. Folgende 6 Gruppen waren nicht vertreten: Konstanz, Thengen, St. Blasien, Todtnau, Dffenburg und Jittersbach, doch sind sie durch die weite Entfernung und die hohen Kosten genügend entschuldigt. Als Vertreter des Zentralvorstandes waren erschienen die Kollegen Franz Fischer-Düsseldorf und Ernst Planzenagel-Warmen. Ferner wohnten als Gäste der Konferenz bei die Kollegen Simoné und Hilger aus Rülhhausen sowie Kollege Oskar Rümmele-Freiburg.

Der Bezirksleiter, Kollege Ernst Rümmele, erstattete den Geschäftsbericht.

Der Geschäftsbericht geht im allgemeinen Teil auf die Geschichte der badischen Textilindustrie ein. Die Mehrzahl der vorhandenen Betriebe stammt in ihrer heutigen Ausdehnung aus der Zeit nach 1870. Der Geschäftsgang war im verfloffenen Jahre in den einzelnen Branchen sehr verschieden, im allgemeinen aber gut, mit Ausnahme der Seiden- und Gummiabzweige. Die Arbeitgeber verhalten sich im großen Ganzen gegenüber den Gewerkschaften noch ablehnend, trotzdem sie selbst gut organisiert sind.

Wohlfahrtsrichtungen aller Art und Mädchenheime hemmen die Organisation. Dazu kommt, daß unsere Arbeitgeber in immer größerem Maße ausländische Arbeiter, besonders junge ausländische Arbeiterinnen, heranziehen.

Mitglieder- und Kassenverhältnisse. Die Zahl der Ortsgruppen stieg in der Berichtszeit von 25 auf 40. Neugegründet wurden 16 Ortsgruppen, zumeist im Aftal und im Seegebiet. Eine Zahlstelle, Möttern, wurde wieder mit Lörrach verschmolzen. Die Mitgliederzahl stieg um 1155 und zwar von 1631 am 1. Juli 1912 auf 2786 am 1. Juli 1913. Davon sind 1395 männliche und 1391 weibliche Mitglieder. Wünschenswert ist, daß die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse in höhere Beitragsklassen aufrücken. Die Gesamteinnahmen des Bezirkes betrugen 31.111,57 M. Davon wurde an die Zentrale abgeliefert 22.258,06 M. Den Ortsgruppen verblieben an Prozenten 2795,13 M. An Unterstühtungen wurden insgesamt 6058,38 M. ausbezahlt. Die Unterstühtungssumme verteilt sich wie folgt: Krankenunterstützung 3732,50 M., Arbeitslosenunterstützung 998,15 M., Streik- und Maßregelungsunterstützung 912,28 M., Reise- und Umzugsunterstützung 75,45 M., Sterbeunterstützung 255 M., sonstige Unterstühtungen 85 M. Der Kassenbestand der Ortsgruppen betrug am 1. Juli 1912 = 1642,49 M., dagegen am 1. Juli 1913 = 8457,47 M.

Lohnbewegungen wurden 6 geführt und zwar 5 alleinst und 1 mit dem „freien“ Verband. Davon waren ganz erfolgreich keine, teilweise erfolgreich 5 und eine mußte verschoben werden. Wenn die Organisationsverhältnisse besser wären, so könnten an manchen Orten noch Verbesserungen für die Arbeiter erzielt werden.

Anschließend an den Geschäftsbericht referierte Kollege Erhard Kiefer-Säckingen über unsere Herbst- und Winteragitation. Die Vorschläge für eine planmäßige Werbearbeit sollen den Ortsgruppen noch schriftlich zugesandt werden. Nach dem Mittagessen wurde in die Generaldiskussion über die beiden Punkte: Geschäftsbericht und Winteragitation eingetreten. Einstimmig wurde folgende Entschliezung angenommen:

Die Ortsgruppen sind verpflichtet, einen Arbeitsplan für den kommenden Herbst und Winter aufzustellen und bis zum 15. Oktober dem Bezirksleiter eine Abschrift davon einzusenden.

Um der Mitgliederfluktuation mehr als bisher entgegenzuwirken, sollen die Vorstände und Vertrauensleute den sich Abmeldenden mehr nachgehen und auch der Schulung neuer Mitglieder größere Beachtung schenken.

Da der Kollege Fischer vorzeitig die Konferenz verlassen mußte, so ergriß der Kollege Planzenagel das Wort, um einige Ausführungen über die Gesamtbewegung zu machen, die von großem Interesse waren. Auch die Röhling'sche Broschüre, die gerade tags zuvor verteilt worden war, wurde von ihm gewürdigt. Alle Anwesenden waren sich einig in der schärfsten Beurteilung des Röhling'schen Machwerkes.

Ueber die Bedeutung der sozialen Wahlen sprach der Kollege Johann Sauren-Etlingen. Ueberall sollen die Wahlvorarbeiten getroffen werden, damit wir unsere tüchtigsten Kollegen und Kolleginnen in die Kantonsparlamente hineinbekommen. Auch hieran schloß sich eine rege Diskussion.

Wegen vorgerückter Zeit mußte der noch vorgesehene Vortrag über die nationale Volksversicherung ausfallen. Dafür soll aber in allen Ortsgruppen dieses Thema eingehend behandelt werden.

Eine lebhafteste Debatte rief noch der Antrag der Bezirksleitung hervor, eine besondere Bezirkskasse zu schaffen. Von den Kollegen Rümmele, Kiefer und Planzenagel wurde der Antrag eingehend begründet; vorgebrachte Bedenken wurden zerstreut. Schließlich wurde der Antrag, der folgenden Wortlaut hatte, mit 67 gegen 13 Stimmen angenommen:

Die Bezirkskonferenz möge beschließen, daß zur Entlastung der Zentrale in bezug auf Agitations- und Bezirksunterstützung, ab 1. Oktober 1913 eine besondere Bezirkskasse zu schaffen ist.

In diese Kasse haben alle Ortsgruppen von ihren besonderen Einnahmen (Ortsgruppenanteile und Lokalkassenträge) am Schlusse eines jeden Quartals abzuführen:

bei	1-100 Mitgliedern	= 10%
	100-200	= 15%
	über 200	= 20%

Kollege Rümmele gab dem Wunsch Ausdruck, daß alle Ortsgruppen, auch diejenigen, welche dagegen stimmten, den verhältnismäßig geringen Beitrag zur Bezirkskasse alsbald abführen möchten. Diese Einrichtung kommt dem ganzen Bezirk zugute.

Damit war die Tagesordnung erledigt und mußten die entfernten Delegierten zur Heimfahrt aufbrechen. Kollege Kiefer dankte allen für ihre Mitarbeit. Kollege Rümmele wies darauf hin, daß es nun gelte, die Anregungen und Beschlüsse in die Tat umzusetzen. Mit einem kräftigen Hoch auf unsern Verband und Bezirk trennte man sich. Einem gekauerten Wunsch entsprechend, soll die nächstjährige Konferenz in Offenburg stattfinden.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Nachen. Krankenkassenauswahl. Am 6. und 7. Oktober wurde die Wahl des Ausschusses für die allgemeine Ortskrankenkasse zu Nachen getätigt. Mit einer nie da gewesenen Begeisterung zog die christliche Arbeiterschaft des Nacher Bezirks in den Kampf. Alle Anstrengungen, besonders der roten Gegner, haben vollständig versagt. Nicht nur hat die christliche Arbeiterschaft soviel Schmutz und Verleumdungen über sich ergehen lassen müssen, wie in diesem Wahlkampf, sondern außerdem wurden die Gegner glänzend geschlagen. Von nahezu 40000 Wahlberechtigten wurden 16065 gültige Stimmen abgegeben, also über 40%.

Bei keiner sozialen Wahl und in keiner Großstadt Deutschlands ist bisher eine solche Wahlbeteiligung zu verzeichnen, wie in Nachen.

Die Liste A (Christlich) erhielt 11761 Stimmen = 87 Sitze
B (Christl. Demokr.) 447 = 1
C (Sozialdemokr.) 4020 = 12

Dieses Wahlergebnis hat alle sozialdemokratischen Hoffnungen und Prophezeiungen vernichtet. Die rote Schmutzkanone (Abhling'sche Broschüre und noch schmutzigere Flugblätter, deren Inhalt nicht wiedergegeben ist), hat vollständig daneben geschossen. Der Kampf hing aufs höchste, als die Roten einsehen, daß er mit einer disziplinierten Arbeiterschaft, wie die der Christlichen, aussichtslos war. Die christliche Arbeiterschaft rückte geschlossen heran und lehnte jeden anderen Stimmzettel als Liste A energisch ab. Trotz des Spießrutenlaufens der Wähler an den Wahllokalen, trotz der pöbelhaften Kampfesweise der Gegner, war der glänzende Sieg auf Seiten der Christlichen. Die einzig richtige Antwort ist erfolgt mit über 1/3 Stimmen-Mehrheit der christlich-nationalen Arbeiterschaft, die auch dafür eintreten wird, daß im Nacher Bezirke die sozialdemokratischen Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Cottbus. Vertrauen zum Verbandsrat und seiner Zeitung. Unsere Ortsgruppe hielt am vergangenen Samstag ihre Monatsversammlung ab. Der Geschäftsbericht der letzten Bezirkskonferenz in Görtz wurde vorgelesen und besprochen. Nach Erledigung einiger Vereinsangelegenheiten wurde auch die Broschüre des entlassenen Verbandsbeamten Abhling, sowie die Broschüre des Zentralvorstandes verteilt und besprochen. Ebenso wurde von einem Leitartikel des "deutschen" Textilarbeiters, in dem einige Entstellungen enthalten sind, Kenntnis genommen. Die Mitglieder der Ortsgruppe werden in Ruhe den Ausgang des Prozesses Schiffer gegen Abhling abwarten und vertrauen ihrem Zentralvorstand mehr als seinen Feinden. Daran anschließend wurde den Mitgliedern bekannt gegeben, daß vom 30. November bis 4. Dezember der dritte Deutsche Arbeiterkongress in Berlin tagen wird; es wurde die für die gesamte deutsche Arbeiterschaft äußerst wichtige Tagesordnung vorgelesen. Zur Beratung auf diesem Kongress kommen folgende Gegenstände: Nationale Entwicklung und soziale Bewegung in Deutschland, die deutsche Sozialpolitik und ihre Gegner, die Bedeutung der Koalitionsfreiheit für Angestellte und Arbeiter, Lebensmittelversorgung und Lebensmittelteuerung, Wohnungsfrage, Arbeitslosenfürsorge. An Stelle des erkrankten Kassierers Wilh. Kerber wurde der Kollege Julius Schülz, Bonasentstraße 4 in Cottbus gewählt. Der Vorsitzende berichtete über das Ergebnis unserer Agitation für die Krankenkassenwahl. Von 16500 Rassenmitgliedern wählten 3024, und fielen auf die rote Liste 2276 Stimmen, auf die neutrale Liste (S. D.) 685 Stimmen, auf die christliche Liste 164 Stimmen. Es ist nicht anzunehmen, daß sich die Zahl der christlich und national gesinnten Arbeiter am Orte mit 164 Stimmen erschöpft, es ist eher anzunehmen, daß die durch das frühere Wahlsystem erzeugte Nulllosigkeit an der schlechten Wahlbeteiligung die Schuld trägt. Ein Teil der Schuld dürfte auch auf die kolossale Gleichgültigkeit der Rassenmitglieder zurückzuführen sein. Wenn wir den christlich und national gesinnten Vereinen und Rassenmitgliedern fortgesetzt dieses jämmerliche Resultat vor Augen halten und es immer wieder in Erinnerung bringen, dann dürfen wir hoffen, daß wir bei der nächsten Wahl besser abscheiden. Zum Schluß wurde noch das Schreiben unserer Ortsgruppe an die Bezirkskonferenz in Görtz besprochen und bedauert, daß darüber kein Beschluß gefaßt wurde.

Guenheim-Wilfkirchen. Volles Vertrauen zum Verbandsrat und seiner Zeitung. Unsere Mitglieder-versammlung am 12. Okt. war sehr gut besucht. Der Vorsitzende, Kollege Kintzhammer, erstattete einen Bericht über die Bezirkskonferenz. Alle Anwesenden versprachen, mit dafür sorgen zu wollen, daß im nächsten Frühjahr kein Unorganisierter mehr im Bereich der Ortsgruppe vorkommt. Ein Kollege der Ortsgruppe hielt sodann einen wohlüberdachten Vortrag über Arbeiterrecht und Arbeiterehre. Ein anderer Kollege besprach die Abhling'sche Sudelbroschüre und betonte, daß es jetzt für alle Mitglieder Ehrenpflicht sein müsse, den Zentralvorstand in diesem schweren Kampfe zu unterstützen und die sozialdemokratische Agitation zu schanden zu machen. Der Vorsitzende der Ortsgruppe wurde von der Versammlung beauftragt, dem Zentralvorstande, besonders dem Kollegen Schiffer, das volle Vertrauen der Mitglieder auszusprechen. Mit einem dreifachen donnernden Hoch auf den Zentralvorstand und den Zentralvorstand wurde die Versammlung geschlossen.

Forst. Entweder rot oder kein Brot. In Nr. 31 unserer Textilarbeiter-Zeitung brachten wir unter dieser Überschrift einen kraffen Fall von Terrorismus zur Sprache. Der Sachverhalt war folgender: An einen unserer Kollegen wurde das Anfinnen gestellt, bei der Landtagswahl rot zu wählen, was unser Kollege mit Entrüstung abwies. Hierauf wurde gegen ihn die Drohung ausgesprochen, wenn er nicht sozialdemokratisch wähle, bekäme er Backpfeifen. Da der Betreffende nun am Tage der Wahl seiner Ueberzeugung nach wählte, so mußte dies, wie das bei den "Weltverbesserern" nicht anders zu erwarten war, "gerochen" werden. Da er sich durch die fortwährenden Sticheleien nicht aus der Ruhe bringen ließ, wurde zu schärferen Mitteln gegriffen. Wenn der Weber durch den Webstuhl ging, wurde er mit Wasser bespritzt, auch flogen ihm allerhand Dinge an den Kopf. Kam er frühmorgens zur Arbeit, so war sein Stuhl mit Zigarettenresten besät, oder es war irgend etwas an seinem Stuhl in Unordnung gebracht worden, so daß er nicht arbeiten konnte, bis alles wieder in Ordnung gebracht war. Doch, man ging noch weiter. Als unser Kollege eines Morgens an seine Arbeitsstelle kam, wurde er an seinem Stuhl von dem Weber Schwebbe mit den Worten empfangen: "Du Lump hast deine Schußfuhr vorgekehrt". Als unser Kollege im Bewußtsein seiner Unschuld sich dagegen verwahrte und bestritt, irgend welche unlauteren Manipulationen an seiner Schußfuhr vorgenommen zu haben, wurden wie auf Kommando die Stühle ausgereißt. Nun drangen sie auf unsern Kollegen ein, um das wahr zu machen, was man ihm vor der Landtagswahl angedroht hatte. Aber das Maß war noch nicht voll, man ging zum Firmeninhaber und verlangte die Ent-

lassung des Bezichtigten. Der Inhaber der Firma gab dem Drängen dieser Helden nach, wahrscheinlich weil er fürchtete, es sonst mit den "Stühlen des Zukunftskaates" zu verderben. Soweit der Sachverhalt. Da nun unser Kollege für die Zärtlichkeiten dieser Muchkollegen kein Verständnis besaß, so stellte er Strafantrag, um sich in Zukunft vor solchen "Liebenswürdigkeiten" zu schützen. Durch die nun stattgefundenen Vernehmungen kam natürlich auch die ganze Sache zur Kenntnis der Staatsanwaltschaft. Diese leitete nunmehr ein Strafverfahren gegen unseren Kollegen Liebert ein. Nun war natürlich im roten Lager die Freude groß; schon sah man im Geiste den verhassten Christen am Pranger stehen. Der "Textilarbeiter", das Organ des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes, schrieb in Nr. 34:

"So wird nun der christliche Liebert vor seinem angeblichen Beleidiger ein hochnotpeinliches Verfahren zu bestehen haben. Der Spieß ist also umgedreht worden, und Liebert mag sich versehen, daß er durch ihn nicht allzu schwer verwundet wird."

Aber "der christliche Liebert" ist unversehrt aus diesem gegen ihn eingeleiteten Verfahren hervorgegangen; denn die Mitteilung der Staatsanwaltschaft lautet, daß das Verfahren gegen Liebert eingestellt worden sei.

Auch das Sprachrohr der hiesigen Sozialdemokratie, was nebenbei gesagt, von den roten Leuten gar nicht mehr ernst genommen wird, schreibt in seiner Nummer 225, daß das Verfahren gegen Liebert eingestellt worden sei, die von Liebert zur Anzeige gebracht worden waren. Unsere Freunde roter Couleur, die es bekanntlich mit der Wahrheit nicht immer sehr genau nehmen, wenn es heißt, einem christlich Organisierten etwas am Zeuge zu flicken, schlugen bereits Purzelbäume vor Freude, als der Gewährungsmann ihnen mitteilte, das Verfahren sei eingestellt worden. Die "Märkische Volksstimme" schreibt: "Auch diese Angelegenheit hat einen für uns wenig angenehmen Ausgang genommen. Den Beteiligten wurde nämlich vom ersten Staatsanwalt in Guben dieser Tage mitgeteilt, daß das gegen sie eingeleitete Verfahren eingestellt worden sei. Danach zu urteilen, muß die Beschuldigung, die L. gegen seine Kollegen richtete, auf etwas sehr schwachen Füßen gestanden haben." — Als eine Richtigmessung unsererseits in den hiesigen Tagesblättern erfolgte, bequeme man sich zu dem Bekenntnis, daß dem Gewährungsmann in dieser Angelegenheit ein "Versehen" unterlaufen sei. — In dieser Sache war nun am 7. Oktober vor dem hiesigen Schöffengericht Termin angesetzt, da sich die Weber Schwebbe und Fritz Christopf wegen gemeinschaftlicher Mißhandlung des Webers Liebert zu verantworten hatten. Die Weisungsaufnahme gestaltete sich so ungünstig für die beiden Angeklagten, daß sie der gemeinsamen Mißhandlung für schuldig befunden wurden. Das Urteil lautete für Schwebbe auf 50 M. Geldstrafe und für den Haupttäter Christopf auf einen Monat Gefängnis. Ferner wurden beide verurteilt, den dem Kollegen Liebert entstandenen Schaden zu bezahlen und die Kosten des Verfahrens zu übernehmen. Mit Recht betonte der Vorsitzende, daß es eine Freigebigkeit und eine Naivität sei, wenn zwei junge starke Menschen über einen schwächlichen herfallen und ihn mißhandeln, der oben drein, weil er in dem Webstuhl saß, vollständig macht- und wehrlos den Angreifern preisgegeben war.

Die sozialdemokratische Presse wird nun zwar versuchen, den Fall als ziemlich harmlos hinzustellen; erkenne, um ihre Anhänger zu täuschen, und zweitens, um die Verurteilten in etwa zu trösten. Nun, sie hat unserer Ansicht nach alle Ursache, den beiden Verurteilten etwas Trost zu spenden, denn beide sind doch nur ein Opfer ihrer Erziehung geworden. Die Textilarbeiter aus Forst und der Niederlausitz sollten auch aus diesem Falle eine Lehre ziehen und sich einmütig dem christlich-nationalen Textilarbeiterverbande anschließen, um den Rohheitsgelüsten dieser Gesellen ein Paroli bieten zu können.

Gronau. Recht interessant und belehrend war die öffentliche Versammlung, die am 5. Oktober hier stattfand. Sie war einberufen vom christlichen Gewerkschaftskartell. Zur Tagesordnung stand "die Bedeutung der Krankenkassen und deren Wahlen". Als Referent war erschienen Arbeitersekretär Holle-Münster. Der Referent legte in seinen Ausführungen dar, welche Vorteile die Versicherten durch die neue KKD. vor allem in den Krankenkassen erlangt haben und von welcher Bedeutung die Krankenkassenwahlen für die christliche Arbeiterschaft sind. Vor allem kommt es bei den Wahlen darauf an, daß die besten unter der christlichen Arbeiterschaft als Vertreter in die sozialen Körperschaften hineingewählt werden. Die Vergangenheit hat bewiesen, daß die Sozialdemokraten, die früher in eine große Zahl von Krankenkassen die Vorstandsämter besetzt hatten, nicht fähig waren, die obliegenden Aufgaben unparteiisch und befriedigend zu lösen. Die Genossen haben wohl diese Ämter in den Dienst der Sozialdemokratie gestellt, wie es die Debatten im Reichstag über die KKD. genügend bewiesen hat. Wie manche Genossen früher in den Kassen gewirksam gewesen sind, ist ziemlich bekannt. Es ist klar und klar bewiesen, daß die Sozialdemokratie des Vertrauens der deutschen Arbeiterschaft nicht wert ist. Durch das Porportionalwahlsystem ist es nun möglich, daß auch dort, wo eine kleine Anzahl christlicher Arbeiter zusammenhält, einige Kandidaten durchgebracht werden können. Hier hat die christliche Arbeiterschaft zu zeigen, daß auch sie da ist. Der Referent forderte die Anwesenden auf, für die Vertreter der christlich-nationalen Arbeiter geschlossen einzutreten. Der Kartellvorsitzende, Kollege Berge, stellte den Vortrag zur Diskussion. In seinen Ausführungen bemerkte er, daß es öfter vorgekommen sei, daß von Seiten der Gegner behauptet wurde, wir gäben keine freie Diskussion in unsere öffentlichen Versammlungen. Jetzt fände eine freie Diskussion statt. Jeder könne so lange reden, wie er wolle. Aber: obwohl die Genossen anwesend waren, hielten sie sich in tiefes Schweigen. Wohl auch ein Beweis dafür, daß auch sie mit den Ausführungen des Referenten einverstanden waren. Nachdem aus der Versammlung noch einige Anfragen an den Referenten gestellt und von diesem beantwortet worden waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Kirchworbis. Mutig voran, trotz alledem. Unsere junge Ortsgruppe hat einen recht harten Stand. Durch Maßregelung führender Kollegen und durch allerhand andere Schikanen wird von gewisser Seite versucht, uns das Gewerkschaftsleben zu verleben. Aber wir halten aus, trotz alledem. Unsere Mitglieder-versammlung vom 7. Oktober zeigte eine rechte Begeisterung. Die Mitglieder sind willens, eifrig in der Agitation tätig zu sein. Es soll eine Agitationskommission eingesetzt werden. Man wird uns hier nicht klein kriegen.

Landeshut. Die Schießischen Textilwerke, Methner u. Frahne Aktiengesellschaft Landeshut i. Schl. haben ihren Geschäftsbericht über das abgelaufene Geschäftsjahr veröffentlicht. Er legt Zeugnis ab von einem recht günstigen Stande dieses Unternehmens. Die Spinnereien, so heißt es, hatten zwar über sehr teure und qualitativ recht

minderwertige Färbstoffe und Seeden zu klagen, doch kam der vorteilhaft eingedeckte Bestand des Vorjahres sehr zu statten, so daß in neuer Ernte nur verhältnismäßig wenig neu zu kaufen war. Die Spinnereibetriebe bei den mehrfach erhöhten Garnpreisen — namentlich für Berggarne — ein relativ zufriedenstellendes Ergebnis erzielen konnten. Die Nachfrage nach Garnen war während des ganzen Jahres sehr lebhaft — speziell für Berggarne — und die Produktion konnte schlannt untergebracht werden. Die Weberei während des ganzen Jahres stark beschäftigt und arbeitete in allen Abteilungen ohne Störungen mit steigender Produktivität. Bemerkenswert ist, daß, wie es in dem Bericht heißt, die unsichere politische Lage des verfloffenen Jahres den Absatz in Feinwaren nicht ungünstig beeinflusst hat. Neuaufwendungen sind besonders durch den Ankauf, die technische Verbesserung und Erweiterung der Schönbberger Weberei sowie verschiedene Erneuerungen baulicher und maschineller Art im Weberei- und Weicherei-Etablissement in Ober Leppendorf gemacht worden. Der Nettogewinn stellt sich nach Vornahme von 288 901 M. Abschreibungen auf 613 641 M. Der gesetzliche Reservefonds hat die Höhe von 800 000 M. = 13% des Aktienkapitals erreicht und ist geschlossener. Der Reingewinn soll, nachdem 30 000 M. dem Reservefonds, 10 000 M. dem Unterstützungsfonds zugeführt und 45 866 M. Markt auf neue Rechnung vorgetragen worden sind, als Dividende in Höhe von 8% an die Aktionäre verteilt werden, so daß weitere 27 778 M. als Zantime für den Aufsichtsrat verbleiben.

Wie man sieht, hat das Unternehmen einen recht schönen Gewinn abgeworfen und wäre durchaus in der Lage, eine Erhöhung der Arbeiterlöhne zu ertragen. Seit Jahren steigen die Kosten der Lebenshaltung ganz rapide, während die Löhne der Textilarbeiter am hiesigen Orte auf dem gleichen Niveau stehen bleiben. Das ist natürlich kein Wunder, wenn man sieht, wie seit der Lohnbewegung von 1907 sich so viele Arbeiter und Arbeiterinnen von der Organisation abgewandt haben, aber trotzdem hoffen, daß die Organisation wieder vorgehen und etwas herauszuschlagen wird. Aber ebenso wie kein Feldherr mit einem schwachen Heere gegen Uebermacht siegreich ankämpfen kann, so wenig kann die Organisation mit gelichteten Reihen eine Bewegung gegen das schwerere Unternehmertum siegreich durchführen. Darum, Textilarbeiter und Arbeiterinnen, schließt euch wieder in Massen der Organisation an. Die Leinenindustrie ist, wie aus obigem Bericht der Schießischen Textilwerke hervorgeht, durchaus nicht so übel dran, wie man es immer hinaustellen beliebt, wenn eine Lohnerhöhung gewünscht wird. Im Gegenteil, die Leinenindustrie Schlesiens hat am wenigsten, ja wie aus dem Bericht hervorgeht, garnicht unter den Einwirkungen der politischen Wirren gelitten und arbeitet mit reichem Gewinn. Demüßten sich auch die Arbeiter einen erhöhten Anteil sichern.

Pfaffenrot (bad. Albthal). Gegen die Abhling'sche Broschüre. Nach längerer Pause fand am 7. Oktober auch in unserer Ortsgruppe eine Versammlung statt. Fast alle unsere Mitglieder waren anwesend. An Stelle des verhinderten Vorsitzenden leitete der Vertrauensmann Kollege Büchert die Versammlung. Eingangs gab der Kassierer den Rechenschaftsbericht des dritten Quartals. Anschließend daran folgte ein Bericht über die Bezirkskonferenz in Basel.

Zum Schluß fand eine eingehende Besprechung der jüngst in verteilten Abhling-Broschüre statt. Auf keinen Fall sind solche Machwerke in der Lage, das Vertrauen der Arbeiter zur Organisation zu erschüttern, im Gegenteil, hier hat gerade der Name Abhling einen schlechter Ruf. Vielfach findet man hier die Behauptung, wenn Abhling (als früherer Beamter des hiesigen Bezirkes) besser seine Pflicht und Schuldigkeit getan habe, wäre heute im bad. Albthal durch die Organisation schon manches gebessert worden. Durch ein solches Vorgehen könne jedoch das Vertrauen zum Verbandsrat nicht erschüttert werden. Nach Schluß der Versammlung blieben die Mitglieder noch eine Stunde in fröhlicher Unterhaltung beisammen.

Speffart (bad. Albthal). Ehret die Toten. Auch in unsere junge Textilarbeiterbewegung reißt der unerbittliche Tod schon seine Klauen. Am 8. Oktober starb unerwartet schnell unsere treue Verbandskollegin Therese Rohrmann. Seit Bestehen unserer Ortsgruppe war sie eifriges Mitglied des Vorstandes. Ebenfalls gehörte sie der Lohnkommission als Mitglied an. Ihren Mitarbeiterinnen aber diente sie als leuchtendes Beispiel. Mögen alle unsere Albtaler Kolleginnen ihrem Beispiele Folge leisten. Wir werden ihr stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Versammlungskalender.

- Barmen. 25. Oktober, 8 1/2 Uhr, bei Mertin, Parlamentstr. 1.
Borghorst. 9. November, 11 Uhr, bei Fr. Dwesteg.
Cuppen. 25. Oktober, 8 1/2 Uhr, bei Martin Berg, Neustraße.
Generalversammlung.
M.-Gladbach-Venn. 26. Oktober, 6 1/2 Uhr, bei L. Wesers, Boeth, großer Arbeiterinnentag.
Gretz (Bogtland). 25. Oktober, 8 Uhr, im Gartenheim des christlichen Arbeitervereins.
Hehn. 25. Oktober, 1/2 9 Uhr, bei Johann Sindsches.
Holt. 25. Oktober, 8 1/2 Uhr, bei David Arey.
Kaldenkirchen. 26. Oktober, 11 Uhr, bei Wirten Germann Mertens.
Langensteinbach (Albtal). 31. Oktober, 8 Uhr, im Lokale "Grüner Baum", Generalversammlung.
Neuterk. 2. November, 1/2 6 Uhr, bei Anton Kommerstircken.
Nheydt. 26. Oktober, 11 Uhr, in der Bürgergesellschaft (Bahnhofhotel), Generalversammlung.
Walheim. 26. Oktober, 6 Uhr, bei Matthias Schmitler in Rahn.
Wanlo. 26. Oktober, nach dem Hochamt, bei Anton Molden.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Die neue Arbeitsgemeinschaft. — Die Verfolgung der letzten Rohstoffe und Garne. — Keine Volksfrage, sondern eine Parteiliche. — Der Kampf um ein Wohnungs-gesetz. — Feuilleton: Im Albtal. — Allgemeine Rundschau: Kräftig. — Ritzliche Fragen. — Netze Ausschichten. — Amtlicher Stellennachweis für Angestellte in der Sozialversicherung. — Die Vorstandsmittelglieder in den Krankenkassen. — Stimmungs-mache. — Eine der großen Daseinsfragen unserer Nation. — Ein unbegreifliches Urteil. — Die Aktion des "deutschen" Verbandes. — Aus unserer Industrie: Die neuen amerikanischen Textilzölle. — Aus dem Verbandsgebiete: Broschüren gegen die Abhling'schen Verleumdungen. — Arbeitslosenberichterstattung. — Lohnbewegungen und Arbeitsstreitigkeiten: Barmen. — Aus unseren Bezirken: Bezirkskonferenz des Verbandsbezirks Barmen. — Ordentliche Bezirkskonferenz für Baden. — Berichte aus den Ortsgruppen: Nachen. — Cottbus. — Guenheim-Wilfkirchen. — Forst. — Gronau. — Kirchworbis. — Landeshut. — Pfaffenrot. — Speffart. — Versammlungskalender.